I. Teil: Jahre der Entscheidung (1917–1922)

3. Von der russischen Oktober- zur deutschen Novemberrevolution

Die Februarrevolution in Rußland hatte zwar das morsche, ineffektive und undemokratische System des Zarismus beseitigt, jedoch keine stabile politische Situation geschaffen. Es existierte kein einheitliches Machtzentrum. Die Situation war gekennzeichnet durch die „Doppelherrschaft" der provisorischen Regierung einerseits und der Sowjets andererseits. Vor allem aber herrschte trotz des Umsturzes, der ganz wesentlich von der Friedenssehnsucht der Massen ausgelöst worden war, weiter Krieg. Nicht nur der Wunsch nach baldigem Frieden, sondern auch verbreitete Erwartungen grundlegender politischer Reformen, wie vor allem der Einberufung der Konstituante und der Agrarreform, wurden enttäuscht, da die Regierung diese Maßnahmen geordnet in Friedenszeiten vollziehen wollte. Die weitere Verschlechterung der ökonomischen Situation verschärfte die Unzufriedenheit. Autonomiebestrebungen der nichtrussischen Nationalitäten des Zarenreiches und Putschversuche von links und rechts heizten die politische Atmosphäre weiter auf. In der Armee zeigte sich zunehmend Desintegration[1].

Das Konzept des revolutionären Verteidigungskrieges konnte sich unter diesen Umständen, wie einer seiner Verfechter, Theodor Dan, rückblickend bemerkte, nur auf „eine dünne Schicht politisch geschulter Arbeiter" stützen, während die breiten Massen immer stärker auf den sofortigen Frieden drängten[2]. Insbesondere durch die unglückliche Kerenskij-Offensive machte sich die ursprüngliche Mehrheit der Landesverteidiger unter den Sozialisten unpopulär[3].

Von dieser Situation profitierten die Bolschewiki, die seit Lenins Ankunft in Rußland im April auf die Zuspitzung der Revolution bis zum Sturz der provisorischen Regierung und der kapitalistischen Ordnung festgelegt waren. Mit ihrer zugkräftigen Parole „Frieden und Land" gaben sie zweifelsohne den Wünschen und Interessen der Volksmehrheit Ausdruck. Ihre Anhängerschaft und ihr Einfluß in den Sowjets wuchs beträchtlich. Am 25. Oktober, dem 7. November moderner Zeitrechnung, übernahmen die Bolschewiki unter der Parole „Alle Macht den Räten" die Herrschaft[4]. Bereits am Tag danach verabschiedete der Allrussische Sowjet die von Lenin vorgelegten Dekrete über die Landverteilung und einen „demokratischen Frieden". Anders als die Friedenskundgebung des Petrograder Sowjet vom März enthielt Lenins Friedensdekret das Angebot eines sofortigen Waffenstillstandes[5].

---

[1] Siehe dazu das Kapitel „Demokratische Revolution (Februar-Oktober 1917) in Hildermeier, Russische Revolution, S. 133–228.

[2] Martow/Dan, Russische Sozialdemokratie, S. 300.

[3] Denike, Men'ševiki v 1917 godu, S. 46.

[4] Einen Überblick über Forschungspositionen zum Verhältnis der Bolschewiki zu den russischen Unterschichten und zur Einschätzung der Oktoberrevolution gibt Dietrich Beyrau: Die russische Revolution im Meinungsstreit, in: NPL 30 (1985) S. 51–71, hier: S. 58–67.

[5] Von Rauch, Sowjetunion, S. 72.

Neue Friedenschancen

Die deutschen Sozialdemokraten begriffen den Oktoberumsturz daher zunächst vor allem als eine Revolution für den Frieden. Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängige sahen nunmehr ihre Aufgabe gleichermaßen darin, auf die Regierung Hertling Druck auszuüben, um sie zur Annahme eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen zu bewegen[6]. „Freilich", schreibt Susanne Miller, „erfolgte bei der USPD das Echo auf die Petersburger Ereignisse früher als bei der MSPD und sein Ton war wärmer und pathetischer als bei dieser."[7] Doch die Unterschiede der Reaktionen beider Parteien auf die Oktoberrevolution waren nicht nur emotionaler Natur. Personelle Konstellationen, die stärkere Einbindung der SPD in die Reichspolitik, aber auch die Tatsache, daß die USPD in höherem Maße als die SPD die Tradition theoretischer Rechtfertigung der Politik bewahrt hatte, führten dazu, daß in den ersten Wochen nach der Oktoberrevolution die SPD den aktiveren Part in der Friedensfrage spielte, während gerade in der USPD die Grundsatzdebatte zwischen Kritikern und Anhängern der Bolschewiki begann.

Für die SPD leistete erneut der wendige Helphand-Parvus Vermittlerdienste. Den von ihm vorgetragenen Wunsch der Bolschewiki, sie mit großen Streiks und Demonstrationen zu unterstützen, wiesen Ebert und Scheidemann aus Rücksicht auf die deutsche Regierung zurück. Wohl aber wollten sie auf einer ohnehin geplanten Agitationstour durch Deutschland für einen Verständigungsfrieden mit Rußland werben. Zur propagandistischen Unterstützung wurde ein Austausch von Solidaritätsbotschaften vereinbart. Parvus überbrachte der Auslandsvertretung der Bolschewiki in Stockholm die Glückwünsche der SPD. Er legte ihnen ferner den Text einer Resolution vor, die in den geplanten Massenversammlungen der SPD in Dresden und Elberfeld verabschiedet werden sollte. In der kurzen Erklärung wurden „die Errungenschaften der Arbeiter in der russischen Revolution" begrüßt, die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand und einem demokratischen Frieden gutgeheißen und Solidarität mit den „russischen Klassengenossen" bekundet[8].

„Die russischen Arbeiter und Soldaten haben die Macht aus den Händen derer gerissen, welche die Friedens- und sozialen Ziele der Revolution fallengelassen haben", hieß es in dem Antworttelegramm des Stockholmer Büros der Bolschewiki. Die Aufforderung zu Streiks und Demonstrationen war fallengelassen worden. Das Telegramm enthielt nur einen allgemein gehaltenen Hinweis auf die Notwendigkeit der Unterstützung der russischen Friedensbemühungen durch die sozialdemokratische Arbeiterschaft aller kriegführenden Länder[9].

In drei großen Versammlungen in Elberfeld, Hamburg und Bremen am 18., 22. und 24. November forderte Ebert eine positive Antwort der Mittelmächte auf das russische Friedensangebot; Scheidemann tat dasselbe am 18. November vor mehr als 6000 Zuhörern in Dresden[10].

---

[6] Miller, Burgfrieden, S. 352; „Proletarische Diktatur in Rußland", LVZ Nr. 262 vom 9. 11. 1917.
[7] A.a.O.
[8] Scharlau/Zeman, Freibeuter, S. 284–286.
[9] Ebenda, S. 286; „Eine russische Kundgebung an die deutschen Arbeiter", SPK Nr. 30 vom 24. 11. 1917.
[10] Blänsdorf, Ebert, S. 345; „Eine russische Kundgebung..." a.a.O.

Das Telegramm der bolschewistischen Auslandsvertretung war auch an die USPD gerichtet, erreichte sie jedoch nicht. Legationsrat Kurt Riezler in der Stockholmer deutschen Gesandtschaft, dem Parvus das Telegramm zur Übermittlung an die beiden sozialdemokratischen Parteien übergeben hatte, schickte es nur an die SPD. Die USPD boykottierte er wegen ihrer Gegnerschaft zur Kriegspolitik der deutschen Regierung[11]. Dieses Verhalten entsprach deren Linie, Friedenskundgebungen der SPD zuzulassen, Versammlungen der USPD aber zu verhindern[12]. Das mag die Verbitterung des USPD-Vorsitzenden Hugo Haase über die Haltung der SPD noch verstärkt haben. Am 25. November schrieb er in einem Privatbrief: „Die Scheidemänner haben die Gelegenheit nicht versäumen wollen, sich den Bolschewiki, als ihre Macht im Aufsteigen war, zu nähern, nachdem sie sie als ‚Putschisten', ‚Anarchisten' lange Zeit von oben herab behandelt haben. [...] Wenn sie in dieser Woche wieder die Kriegskredite bewilligen, so ist das die charakteristische Illustration zu dieser ‚revolutionären Aufwallung'."[13]

Von einer revolutionären Aufwallung konnte jedoch keine Rede sein. Die Oktoberrevolution und die Fühlungnahme mit den Bolschewiki veränderte nichts an der politischen Linie der Mehrheitssozialdemokraten, und sie betonten auch durchaus die Kontinuität. So erklärte Eduard David in Fortsetzung seiner Argumentation vom Würzburger Parteitag am 1. Dezember im Reichstag, ohne die Kriegspolitik der SPD säße jetzt in Petersburg der siegreiche Zar, die Bolschewiki hingegen wären im Gefängnis oder in sibirischen Verbannungsorten. Seine früheren Vorbehalte gegen Lenin schien David jedoch aufgegeben zu haben, denn er bezeichnete die neue russische Regierung als „eine demokratische Regierung, die ernstlich zum Frieden bereit ist"[14].

Die große Debatte beginnt

Die Friedensbereitschaft war der entscheidende Faktor für das Verhältnis der SPD zu den Bolschewiki in den ersten Wochen nach der Oktoberrevolution. Alle anderen politischen Fragen wurden ausgeklammert. „In den russischen Richtungsstreit mischen wir uns nicht ein", hatte Scheidemann in seiner Dresdener Ansprache gesagt, „aber die Sache des Friedens ist die Sache aller internationalen Sozialisten, [...] und zu dieser Sache stehen wir mit jedem, der das gleiche Ziel verfolgt, bis zum äußersten."[15]

Während Scheidemann die Auseinandersetzung um die Oktoberrevolution auf einen „russischen Meinungsstreit" reduzieren wollte, war in der USPD das Bewußtsein der grundsätzlichen Bedeutung der russischen Vorgänge viel stärker ausgeprägt. Die Ereignisse in Rußland erklärte das Berliner *Mitteilungs-Blatt* der USPD, seien „die entscheidende Feuerprobe, die zu erweisen hat, ob der revolutionäre Sozialismus schon heute seine Theorien in ökonomische und politische Wirklichkeiten umsetzen kann". Es handle sich also keineswegs um eine rein russische Angelegenheit, vielmehr gelte für jeden Proletarier „Tua res agitur, um deine Sache handelt es sich!"[16]

---

[11] Scharlau/Zeman, Freibeuter S. 287f.
[12] Miller, Burgfrieden S. 352.
[13] Ernst Haase: Hugo Haase. Sein Leben und Wirken. Berlin 1929, S. 154.
[14] Miller, Burgfrieden, S. 357.
[15] Ebenda, S. 353.
[16] „Eine entscheidene Wendung der russischen Revolution", Mitteilungs-Blatt vom 18. 11. 1917, auszugsweise abgedruckt bei Horst Naumann: Revolutionäre Berliner Sozialdemokraten

Skeptisch über den Ausgang der „Feuerprobe" äußerte sich schon in seiner ersten Stellungnahme Karl Kautsky. Nach der Februarrevolution hatte er in einer Analyse der russischen Verhältnisse hervorgehoben, daß zwar der sozio-ökonomische Entwicklungsstand des Landes nur eine bürgerliche Revolution zulasse, gleichwohl aber das Proletariat eine führende Rolle beim Sturz des Zarismus übernommen habe. Nach Kautskys Meinung folgte als Konsequenz aus dieser widersprüchlichen Situation der Aufbau einer Demokratie mit einer starken sozialen Komponente, in der sich die Grundlagen für den Übergang zum Sozialismus entwickeln könnten[17]. Kautsky stimmte darin weitgehend mit den Ideen der Menschewiki überein. Auch sie hielten in Rußland auf absehbare Zeit nur eine bürgerliche Revolution für möglich, wobei dem Proletariat die Rolle zukam, das Bürgertum zu kontrollieren und auf eine progressive Linie festzulegen. Daher hatten die Menschewiki anfangs auch keine Ämter in der provisorischen Regierung übernehmen wollen[18].

In seinem Artikel „Die Erhebung der Bolschewiki", der am 15. November in der *Leipziger Volkszeitung* erschien, führte Kautsky seine Überlegungen zur russischen Revolution fort und wandte sie auf die neue Situation an. In dem Bestreben, die kriegsverlängernde Alleinherrschaft des Bürgertums zu verhindern, hätten die beiden Flügel der russischen Sozialdemokratie unterschiedliche Konzepte verfolgt. Während die Menschewiki sich auf eine Koalitionsregierung einließen, propagierten die Bolschewiki die Diktatur des Proletariats. „Der Gedanke der Bolschewiki war der einfachste, der Klassenlage des Proletariats am meisten entsprechende. Aber auch derjenige, der den Widerspruch zwischen dem hohen proletarischen Streben und der niedrigen Entwicklungsstufe des Reichs aufs äußerste zu steigern drohte", schrieb Kautsky. Er äußerte die klarsichtige Befürchtung, die Diktatur des Proletariats in Rußland werde die Einstellung der Produktion, den Zerfall des Staatsapparates und separatistische Tendenzen zur Folge haben[19].

Clara Zetkin hingegen schienen die theoretischen Zweifel im Hinblick auf die Rückständigkeit Rußlands „im Angesicht der bolschewistischen Tat" nicht haltbar: „Die Dinge und Menschen sind reif zur Revolution, wenn breite Volksschichten bestimmte Zustände als unerträglich empfinden ...", antwortete sie wenig später in der Frauenbeilage der LVZ[20].

Am 17. Dezember erschien in der LVZ eine entschiedene Kritik der bolschewistischen Politik aus der Feder von Alexander Stein. Sie hob die Diskussion von der theoretischen auf eine konkrete Ebene. Der Autor stützte sich dabei auf detaillierte Informationen über die jüngste Entwicklung in Rußland. Alexander Stein – sein eigentlicher Name war Rubinstein – war ein Menschewik jüdischer Herkunft aus Riga. Nach

---

1917/18 zur Oktoberrevolution, in: ZfG 35 (1987) S. 912–920, hier: S. 915. Ähnlich „Proletarische Diktatur ..."

[17] Salvadori, Sozialismus und Demokratie, S. 316–319.

[18] Ausführlich zum menschewistischen Konzept: Boris Sapir: Notes and Reflections on the History of Menshevism, in: Leopold Henry Haimson (ed.): The Mensheviks. From the Revolution of 1917 to World War II. Chicago 1975, S. 349–391, hier: S. 364–377 sowie Mehringer, Revolution S. 135–148.

[19] Karl Kautsky: Die Erhebung der Bolschewiki, in: LVZ Nr. 267 vom 15. 11. 1917.

[20] Clara Zetkin: Der Kampf um Macht und Frieden in Rußland. Frauenbeilage der LVZ vom 30. 11. 1917; abgedruckt in: Clara Zetkin: Für die Sowjetmacht. Berlin (O) 1977, S. 38–47, hier: S. 44f.

der Revolution von 1905/06 hatte er aus dem Zarenreich fliehen müssen und dann als Mitarbeiter von Parteizeitungen in der deutschen Sozialdemokratie Fuß gefaßt[21]. Aufgrund seiner Sprachkenntnisse und seiner Verbindungen zu Politikern der menschewistischen Partei war Stein genauestens über die Vorgänge in Rußland informiert. „Demokratie oder Diktatur?" lautete die Überschrift seines Artikels[22], und damit war ein Streitthema formuliert, das die deutsche Sozialdemokratie in den folgenden Jahren intensiv beschäftigen sollte.

Stein führte aus, daß sich die sogenannte „Diktatur des Proletariats und der ärmeren Bauernschaft" schon in den ersten Tagen als die Diktatur einer einzigen Partei, nämlich der Bolschewiki, entpuppt habe. Verhandlungen über eine Koalition aller sozialistischen Parteien, die die Eisenbahnergewerkschaft vermittelt hatte, seien an der Unnachgiebigkeit Lenins und Trotzkis gescheitert. Kompromißbereite Bolschewiki wie Nogin und Rykow, Sinowjew und Kamenew seien aus Protest aus dem Rat der Volkskommissare beziehungsweise dem Zentralkomitee ausgeschieden[23]. Die Vorgänge zeigten, daß in Rußland die „Diktatur einer Gruppe der Bolschewikipartei, die die Leitung der Bewegung an sich gerissen hat", herrsche. Die gesamte innere und äußere Politik der Regierung Lenin-Trotzki ergebe sich zwangsläufig aus dieser Diktatur, deren Basis mit jedem Tag schmäler werde. Stein zitierte Äußerungen führender Bolschewiki, die als Folge der von dem Führungsduumvirat betriebenen Politik den Bürgerkrieg in den Reihen der Arbeiterklasse und die Niederlage der Revolution befürchteten. Er wies auf die Vernichtung der andersdenkenden Presse, Razzien, willkürliche Verhaftungen und Repressionen und die Aufhebung des Koalitionsrechts hin. Häufig werde gedroht, die Konstituante bei einem unerwünschten Wahlergebnis aufzulösen. Schon jetzt gebe es unzulässige Eingriffe in das Wahlverfahren. „Das internationale Proletariat kann nicht wünschen, daß die revolutionäre Bewegung in Rußland eine so verhängnisvolle Wendung nimmt, die alle an sie geknüpften Hoffnungen vernichten würde."

Steins spätere Feststellung, er habe mit seinem Artikel „bei vielen lebhafte Zustimmung" gefunden[24], erscheint fragwürdig. Schon die LVZ-Redaktion hatte ihn mit einem distanzierenden Vorspann versehen. Die Kritik scheine etwas weit zu gehen. In bewegter Zeit seien auch harte diktatorische Maßnahmen notwendig, die aber nicht dauerhaft werden dürften. Die Bolschewiki sollten, meinte die Redaktion der Volkszeitung, eine Koalition „aller wahrhaft sozialistischen und demokratischen Elemente" herbeiführen[25]. Welche Gruppierungen damit gemeint waren, wurde allerdings nicht erläutert. Auch der von Stein ausführlich geschilderte Unwille Lenins und Trotzkis, die Macht zu teilen (außer mit den linken Sozialrevolutionären, mit denen für einige Monate eine bolschewistisch dominierte Koalition bestand), wurde offenkundig einfach nicht zur Kenntnis genommen. In der Folge verteidigten dann auch Franz Mehring und Clara Zetkin die Politik der Bolschewiki gegen Steins Kritik, wobei Mehring ebenso wie das

---

[21] Autobiographische Aufzeichungen im Nl. Stein, Mappe 5.

[22] Alexander Stein: Demokratie oder Diktatur?, in: LVZ Nr. 293 vom 17. 12. 1917.

[23] Ausführlich behandelt diese sogenannten Vikžel-Verhandlungen (nach der Abkürzung der Bezeichnung des Vorstandes des Eisenbahnerverbandes „Vserossiskij Isponitel'nyj Komitet Železnodorožnikov") Vladimir Brovkin: The Mensheviks after October. Socialist Opposition and the Rise of the Bolshevik Dictatorship. Ithaca and London 1987, S. 21–35.

[24] Alexander Stein: Sowjetrußland und Europa. Karlsbad o.J. [1936] S. 33.

[25] Stein, Demokratie.

Mitteilungs-Blatt die Repressionsmaßnahmen der Bolschewiki rechtfertigte. Daß man Revolutionen „nicht mit Samthandschuhen" oder „mit Rosenwasser" machen könne, wurde zum Topos der linksradikalen Argumentation[26].

In einem Anfang Januar 1918 publizierten Aufsatz mit dem Titel „Demokratie und Diktatur" führte Kautsky die Überlegungen, die er im November in der LVZ angestellt hatte, fort. Er versuchte hier den Widerspruch zwischen Demokratie und Diktatur in einer Argumentationsfigur aufzulösen, die er später oft wiederholt hat. Die Diktatur des Proletariats definierte er als die Herrschaft des zur Volksmehrheit gewordenen Proletariats, die sich auf demokratische Formen und Einrichtungen wie allgemeine und gleiche Wahlen und ein Parlament stütze. Diktatorische Mittel dürften nur zur Verteidigung des Entscheidungsrechts der Mehrheit gegenüber einer sich auflehnenden Minderheit angewandt werden. „Die Diktatur kann ersprießlich nur wirken als Herrschaft der Volksmehrheit über eine Minderheit, die sie bedroht." Bei einer demokratischen Revolution in einem rückständigen Staat – womit natürlich Rußland gemeint war – beschränke sich die Aufgabe des Proletariats darauf, sich genügend zur Geltung zu bringen als eines der Glieder der arbeitenden Schichten, zu denen etwa auch die Kleinbauern gehörten. Für die Diktatur des Proletariats seien solche Verhältnisse aber noch nicht reif. Den Bolschewiki warf Kautsky daher vor, voluntaristisch den Lauf der Geschichte abkürzen zu wollen[27].

Peter Lösche sieht in dem zitierten Aufsatz Kautskys „die Nahtstelle, an der Kautsky den funktionslos gewordenen Kautskyanismus und den zur Integrationsideologie erstarrenden Antibolschewismus [...] übereinanderheftete." „Der Urheber des Kautskyanismus schuf in dem Augenblick, in dem seine politische Theorie als Integrationsideologie Schiffbruch erlitt, die Ideologie mit, die an die Stelle der aufgelösten trat: den Antibolschewismus", schreibt Lösche[28]. Ohne der eingehenderen Auseinandersetzung mit Lösches Thesen vorzugreifen[29], sei hier nur darauf hingewiesen, daß es sich bei der Stellungnahme Kautskys zur Oktoberrevolution keineswegs um einen so starken Bruch und eine Ablösung einer überkommenen Ideologie durch eine neue handelte, wie Lösche dies annimmt. Sie stand vielmehr in der Kontinuität einer Diskussion, die unter den russischen Marxisten schon seit langem geführt worden war, aber auch in der Kontinuität von Kautskys eigenen Ideen, wie er sie etwa zur russischen Revolution von 1905 geäußert hat[30].

Kurz nach dem Erscheinen von Kautskys Artikel in der Sozialistischen Auslandspolitik unternahmen die Bolschewiki einen weiteren Schritt zur Realisierung *ihrer* Vorstellung der proletarischen Diktatur. Am 6. Januar 1918, dem 19. moderner Zeitrechnung, wurde die Konstituierende Versammlung Rußlands, die einen Tag zuvor zusammengetreten war, durch ein Dekret des Rates der Volkskommissare aufgelöst. Der Grund dafür war, daß die Bolschewiki trotz vorausgegangener Wahlmanipulationen nur ein

---

[26] Stein, Sowjetrußland, S. 33; Lösche, Bolschewismus, S. 123; „Unter der Diktatur des Proletariats", Mitteilungs-Blatt vom 16. 12. 1917, auszugsweise abgedruckt bei Naumann, Revolutionäre Berliner, S. 917f.

[27] Karl Kautsky: Demokratie und Diktatur, in: Sozialistische Auslandspolitik Nr. 1 vom 3. 1. 1918.

[28] Lösche, Bolschewismus, S. 125 und S. 124.

[29] Siehe unten S. 92–95.

[30] Vgl. Salvadori, Sozialismus und Demokratie, S. 146f.

knappes Viertel der Sitze erringen hatten können, während die in entschiedener Opposition zu ihnen stehenden Sozialrevolutionäre die überwältigende Mehrheit stellten. So wurde den Deputierten der Zugang zu ihrem Tagungsort, dem Taurischen Palais in Petrograd, von schwer bewaffneten Truppen verweigert. Schon am Tag der Eröffnung hatten den Bolschewiki ergebene Truppen mit Maschinengewehren in eine Demonstration von Unterstützern der Konstituante gefeuert und dabei eine erhebliche Anzahl von Demonstranten getötet[31].

Hinweise auf die Absicht der Bolschewiki, das Ergebnis der Wahlen zur Konstituante nicht zu respektieren, hatte nicht nur Alexander Steins kritische Stellungnahme enthalten. Der *Vorwärts* hatte Anfang Januar einen Artikel Maxim Gorkis mit entsprechenden Warnungen übernommen, und die von Rudolf Breitscheid herausgegebene unabhängigsozialdemokratische *Sozialistische Auslandspolitik* brachte am 13. Januar die Übersetzung eines Artikels des führenden Menschewisten Ju. O. Martow, der am 28. Dezember in dem menschewistischen Organ *Novyj Luč* erschienen war. Darin kritisierte Martow den Anspruch der „Leninianer", eine der Konstituante übergeordnete Autorität darzustellen und hielt dem das Prinzip der Volkssouveränität entgegen[32].

Diese Besorgnisse waren für das Rußlandbild der Sozialdemokraten vor dem 19. Januar 1918 nicht von entscheidendem Gewicht. Insbesondere der mehrheitssozialdemokratische *Vorwärts* zeigte zunächst eher Sympathie gegenüber dem Wirken der Bolschewiki. So brachte er am 8. Januar in seinem Unterhaltungsblatt eine wohlwollende Beschreibung der politischen Arbeit der Bolschewiki aus der Feder eines schwedischen Reisenden und versah sie mit einer redaktionellen Einleitung, die eine eindeutige Distanzierung von den russischen sozialistischen Kritikern der Bolschewiki darstellte: „Ein solches Dokument hat oft größeren Wert, als mit theoretischen Argumenten und advokatischem Eifer arbeitende Klageschriften der in den Kämpfen des Tages unterlegenen Partei, denen die zur Würdigung der Begebenheiten notwendige Distanz fehlt."[33]

Diese Bemerkung zielte offenbar auf einen Appell des Zentralkomitees der Menschewiki an die Internationale – die zu diesem Zeitpunkt allerdings faktisch nicht existierte – vom Dezember 1917, der in dem von Paul Axelrod in Stockholm in deutscher und französischer Sprache herausgegebenen Bulletin *Stimmen aus Rußland* bzw. *Échos de Russie* veröffentlicht worden war. In diesem Appell wurden die Unterdrückungsmaßnahmen der Bolschewiki scharf kritisiert, aber auch die von ihnen geführten Friedensverhandlungen mit Deutschland, die zu einem Separatfrieden führen würden und einen Verrat an den alliierten Demokratien darstellten[34].

---

[31] Von Rauch, Sowjetunion, S. 78–81; Hildermeier, Russische Revolution, S. 260f.; Vera Broido: Lenin and the Mensheviks. The Persecution of Socialists under Bolshevism. Boulder, Colorado 1987, S. 25f.

[32] Lösche, Bolschewismus, S. 130; L. Martov: Die Revolution und die Konstituante in Rußland, in: Sozialistische Auslandspolitik Nr. 3 vom 13. 1. 1918.

[33] „Petersburger Leben von heute", Vorwärts Nr. 8 vom 8. 1. 1918, Unterhaltungsbeilage.

[34] „Appell des Socialistes a l'Internationale", Échos de Russie Nr. 1 vom 1. 1. 1918. Der einzige Bibliotheksstandort dieses, zunächst nur in hektographierter Form erschienenen Mitteilungsblattes, der ermittelt werden konnte, ist das IISG Amsterdam. Dort ist jedoch – von einer deutschsprachigen Einzelnummer abgesehen – auch nur die französischsprachige Fassung vorhanden. Inhaltlich sind jedoch beide Fassungen identisch. Man kann mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, daß der Vorwärts-Redaktion die erste deutschsprachige Nummer mit dem Appell bei Abfassung der distanzierenden Bemerkung bereits bekannt war.

Zwar fanden sich zwei Wochen später in einem Leitartikel des russischen Mitarbeiters des *Vorwärts*, A. Grigorjanz, aus Anlaß der Eröffnung der Konstituante auch wieder kritische Töne – die Konstituante sei nur infolge von Druck gegen „die gegenwärtigen Machthaber" einberufen worden, schrieb er[35] –, doch wurden sie durch einen Grundsatzartikel Friedrich Stampfers in derselben Nummer wieder relativiert. Stampfer betonte, daß aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungsstufen Rußlands und Deutschlands auch das Verhältnis zwischen Sozialismus und Demokratie ein ganz anderes sein müsse. Während in Rußland die volle Machtergreifung des Proletariats der Demokratie vorausgehe, müsse in Deutschland die Reihenfolge umgekehrt sein. Von einer Kritik der russischen Entwicklung nahm Stampfer jedoch Abstand. „Es wäre so unmarxistisch wie möglich, wenn wir den Versuch machen wollten, einer geschichtlichen Begebenheit vom Range der russischen Revolution die Regeln unseres Katechismus vorzuschreiben."[36]

Einen Tag später war diese Zurückhaltung allerdings schon hinfällig. Die Auflösung der Konstituante löste beim *Vorwärts* helle Empörung aus. Die bolschewistische Regierung habe „an dem Parlament des revolutionären Rußland nicht anders gehandelt wie [sic!] der Zar an der Duma", kommentierte er die ersten Nachrichten über das Geschehen in Petrograd, und zwei Tage später erklärte er, die Auflösung der Konstituante sei zwar abzusehen gewesen, doch habe es für die unterdrückte Mehrheit gegolten, „eine historische Tat zu vollbringen, an welche die gegen den bolschewistischen Terror kämpfenden Parteien später wieder anknüpfen können"[37].

Zwiespältig waren die Reaktionen der Unabhängigen Sozialdemokraten auf die Auflösung der Konstituante. In der Tatsache, daß die *Leipziger Volkszeitung* den Vorgang einfach kommentarlos meldete, zeichnet sich die beginnende „Kritik-Abstinenz" gegenüber den Bolschewiki ab, die bis 1920 immer mehr Boden in der Partei gewinnen sollte[38]. Das Berliner *Mitteilungs-Blatt* der USPD reagierte auf die Auflösung der Konstituante mit zwei kritischen Artikeln[39], schwenkte aber bald darauf wieder auf den Kurs der Unterstützung der Bolschewiki ein[40].

Eine Zäsur in der Haltung zu den Bolschewiki bewirkte die Zerschlagung der Konstituante, wie Peter Lösche zutreffend festgestellt hat, in erster Linie bei den Mehrheitssozialdemokraten. Dieser Vorgang habe sie, ebenso wie die Unabhängigen des rechten Flügels, „an ihrer empfindlichsten Stelle" getroffen, nämlich „dem Glauben an den Sieg

---

[35] A. Grigorjanz: Ein großer Tag für Rußland, in: Vorwärts Nr. 20 vom 20. 1. 1918.

[36] Friedrich Stampfer: Demokratie und Revolution, in: Vorwärts Nr. 20 vom 20. 1. 1918, Beilage Sonntag. Lösches Ansicht, Stampfer habe mit diesem Artikel Kautskys Gedankengang über Demokratie und Diktatur aufgenommen, (Lösche, Bolschewismus, S. 132) ist irrig. Gerade die zitierte Bemerkung ist eine sehr deutliche Distanzierung von Kautsky, dem Verfasser eines „sozialdemokratischen Katechismus" (NZ 12 (1893/94) Bd. 1, S. 361–369). Stampfers hier vertretene Auffassung entspricht vielmehr der später von Kautskys Kontrahenten Otto Bauer vertretenen These von unterschiedlichen Wegen zum Sozialismus.

[37] „Auflösung der Konstituante", Vorwärts Nr. 21 vom 21. 1. 1918 und „Die Ereignisse in Rußland", ebenda, Nr. 22–23 vom 23.1 1918.

[38] „Auflösung der russischen Konstituante", LVZ Nr. 17 vom 21. 1. 1918.

[39] Lösche, Bolschewismus, S. 134.

[40] „Die Sünden der Bolschewiki", Mitteilungs-Blatt vom 24. 2. 1918, abgedruckt bei Naumann, Revolutionäre Berliner, S. 918–920.

des Sozialismus durch Wahlerfolge und parlamentarische Taktik"[41]. Ganz abgesehen von der Frage, ob Lösches Einschätzung, die Sozialdemokraten hätten eine „nahezu mystische Einstellung zum Wahlakt" gehabt[42], die Kritik am „revolutionären Attentismus" (Groh) der deutschen Sozialdemokratie nicht in unrealistischem Maße überspitzt, ist festzustellen, daß die Empörung über die Zerschlagung der Konstituante nicht aus Differenzen über die strategischen Wege zum Sozialismus resultierte. Dann hätte sie schon direkt mit der Oktoberrevolution einsetzen müssen, was nicht der Fall war. Lösches Annahme wird durch Stampfers Hinweis widerlegt, es sei für Rußland ein gangbarer Weg, daß zuerst das Proletariat die volle Macht ergreife, um dann die Demokratie herzustellen.

Die Auflösung der Konstituante ließ sich allerdings schwerlich als Station auf diesem Weg verstehen. Diese Maßnahme betraf nicht nur strategische oder taktische Vorstellungen, sondern verletzte die von der Sozialdemokratie verfochtenen Grundprinzipien der politischen Gleichberechtigung und der Volkssouveränität.

Allerdings ist einzuräumen, daß bei den Verteidigern der Bolschewiki in der USPD und der Spartakusgruppe die Mittel-Zweck-Relation eine andere war. Sie gingen, wie Lenin und seine Gesinnungsgenossen, vom Vorrang sozialistischer Politik vor formaldemokratischen Prinzipien aus. Parlamentarische Institutionen erschienen ihnen allenfalls als geeignetes „Kampffeld" ohne Eigenwert. Die Machtergreifung und -behauptung des Bolschewismus in Rußland wurde so keineswegs nur zu einem Streitpunkt zwischen Verfechtern verschiedener sozialistischer Strategien. Sie bildete vielmehr die Scheidewand zwischen zwei fundamental verschiedenen Auffassungen des Sozialismus. Mit der Zerschlagung der Konstituante war nicht nur die Entstehung einer diktatorischen Herrschaft mit sozialistischem Anspruch offenbar geworden, sondern zugleich auch der demokratische Sozialismus zum Bewußtsein seiner selbst gekommen.

Brest-Litowsk, die Sozialdemokraten und die Bolschewiki

Die Haltung, die die SPD 1918 zu den Bolschewiki einnahm, wurde aber nicht nur von grundsätzlichen Erwägungen, sondern in erheblichem Maße von der Frage des Friedensschlusses mit Rußland beeinflußt.

Mit dem Machtantritt der Bolschewiki hatten die Friedenshoffnungen der deutschen Sozialdemokraten erneuten Auftrieb bekommen. Neben der Propaganda für einen Verständigungsfrieden versuchte die SPD durch direkte Kontakte zu einem Stockholmer Vertreter der Bolschewiki, dem späteren Sowjetdiplomaten V. V. Vorovskij, die bevorstehenden Friedensverhandlungen zu beeinflussen. Scheidemanns Gespräche mit Vorovskij am 14. Dezember 1917 zeitigten jedoch kein Ergebnis[43].

Gleichzeitige Versuche der USPD, zu den Bolschewiki Verbindung aufzunehmen, verhinderte die deutsche Regierung, indem sie einer USPD-Abordnung die Pässe für Stockholm verweigerte[44].

---

[41] Lösche, Bolschewismus, S. 133.
[42] Ebenda, S. 129.
[43] Miller, Burgfrieden, S. 355f.
[44] Wheeler, USPD, S. 36.

Die am 22. Dezember 1917 in Brest-Litowsk aufgenommenen Friedensverhandlungen verfolgten die Sozialdemokraten mit gespannter Aufmerksamkeit[45]. Die SPD drängte auf einen „demokratischen Frieden ohne Annexionen", wobei die westlichen Grenzvölker Rußlands in unbeeinflußten und freien Abstimmungen über ihr Schicksal entscheiden sollten[46]. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärte die Entschlossenheit, „jedem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts zum Zwecke verschleierter Annexionen mit Entschiedenheit entgegenzutreten"[47]. Diesen Grundsätzen fühlte sich auch die USPD verpflichtet, die jedoch zunehmend den Akzent ihrer politischen Tätigkeit auf außerparlamentarische Arbeit legte, während sich die parlamentarische Orientierung der SPD durch die Zusammenarbeit mit Zentrum und Liberalen im interfraktionellen Ausschuß noch verstärkt hatte. In einem von sämtlichen Mitgliedern ihrer Reichstagsfraktion unterzeichneten Flugblatt vom 10. Januar 1918 forderte die USPD die Arbeiter auf, ihre Stimme für einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts zu erheben[48].

Appelle an die deutsche Arbeiterklasse kamen aber nicht nur aus Deutschland selbst. Seit ab Januar 1918 Leo Trotzki als Volkskommissar für Auswärtiges selbst die Verhandlung führte, beschäftigte sich die russische Delegation weniger mit der konkreten Auseinandersetzung um die Friedensbestimmungen als mit an die Soldaten und das Proletariat der Mittelmächte gerichteter revolutionärer Agitation. Trotzki hoffte, die Verhandlungen so lange verschleppen zu können, bis in Deutschland und Österreich revolutionäre Unruhen ausbrechen würden[49]. Als dort im Januar Massenstreiks stattfanden, wähnten sich die Bolschewiki bereits am Ziel[50].

Die Streikwelle begann Mitte Januar in Wien, dehnte sich dann auf fast alle Teile des Habsburger-Staates aus und fand vom 28. Januar bis 4. Februar mit Ausständen von über einer Million Arbeiter – davon etwa die Hälfte in Groß-Berlin – ihr Echo in Deutschland. Gründe für die Bewegung waren die verschlechterte Lebensmittelversorgung, aber auch die offenkundig annexionistische Politik der Mittelmächte bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk[51].

Die erste Forderung der deutschen Streikenden lautete: „Schleunige Herbeiführung des Friedens ohne Annexionen, ohne Kriegsentschädigung, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker entsprechend den Ausführungsbestimmungen, die dafür von den russischen Volksbeauftragten in Brest-Litowsk formuliert wurden". Außerdem sollten Arbeitervertreter aller Länder zu den Friedensverhandlungen hinzugezogen werden. Darüber hinaus wurden eine bessere Nahrungsmittelversorgung, die Frei-

---

[45] Zum Verlauf der Verhandlungen siehe Gerhard Schulz: Revolutionen und Friedensschlüsse 1917–1920. München [6]1985, S. 115–120.

[46] „Gefährdung des Friedens", Vorwärts Nr. 5 vom 5. 1. 1918

[47] Vorwärts Nr. 7 vom 7. 1. 1918

[48] Miller, Burgfrieden, S. 371.

[49] Zur Rolle Trotzkis bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk siehe Isaac Deutscher: Trotzki. Bd. 1: Der bewaffnete Prophet. Stuttgart 1962, S. 329–381.

[50] Ascher, Russian Marxism, S. 398 und S. 400.

[51] Hartfried Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Köln 1975, S. 105–108; Wheeler, USPD S. 37–40; Geiss, Erster Weltkrieg, S. 177–182; Günther Rosenfeld: Sowjetrußland und Deutschland 1917–1922. Köln 1984, S. 209–213.

lassung der politischen Gefangenen und die Aufhebung der Militarisierung der Arbeit verlangt[52].

Während die USPD den Streik vorbehaltlos unterstützte[53], sah die SPD-Führung darin eine Gefahr für ihre Friedensstrategie, die sich auf eine ungeschwächte Stellung Deutschlands bis zum Friedensschluß einerseits und die Zusammenarbeit mit Zentrum und Fortschrittspartei im Reichstag andererseits stützte. Da der Streik bei den Kriegsgegnern als eine Schwächung Deutschlands und bei den parlamentarischen Verbündeten als Schmälerung der sozialen Basis der SPD ausgelegt werden konnte, war man auf seine schnelle Beendigung bedacht. Mit diesem Ziel traten die SPD-Vertreter Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Braun in die Streikleitung ein. Sie bestand außerdem aus elf Vertretern der Revolutionären Obleute, die zumeist dem linken Flügel der USPD angehörten, und Hugo Haase, Georg Ledebour und Wilhelm Dittmann als offiziellen USPD-Vertretern[54].

Obwohl Hugo Haases Einschätzung des Januar-Streiks als „eines der größten Ereignisse in der Geschichte der Arbeiterbewegung Deutschlands"[55], nicht übertrieben ist, da ein derartiger Massenausstand mit so eindeutig politischen Zielsetzungen in der Tat noch nicht dagewesen war, war er letztlich doch ein Mißerfolg. Auf den Gang der Verhandlungen in Brest-Litowsk hatte er keinen Einfluß.

Die Schwäche der sowjetrussischen Position zeigte sich dort, als die Mittelmächte dort am 9. Februar 1918 einen Frieden mit den Vertretern der ukrainischen Rada (ein ukrainisches Wort für „Volksvertretung") schlossen und damit die staatliche Selbständigkeit der Ukraine de jure anerkannten. Die separatistische ukrainische Regierung stand allerdings auf schwachen Beinen und suchte den Schutz der Mittelmächte vor den feindlichen bolschewistischen Truppen. Das führte sie in eine Abhängigkeit, die nicht zuletzt durch die Zusage umfangreicher Getreidelieferungen an die deutschen Truppen in dem sogenannten „Brotfrieden" vom 9. Februar deutlich wurde[56].

Noch bevor die Bestimmungen des Friedens öffentlich bekannt wurden, reagierte der *Vorwärts* verhalten positiv. Zwar sei die Auflösung Rußlands aus deutscher Sicht kein erstrebenswertes Ziel und ein Friede mit ganz Rußlands wäre vorzuziehen gewesen, doch seien die Gründe für die eingetretene Situation in der inneren Entwicklung Rußlands zu suchen. Die Verantwortung dafür liege bei den Bolschewiki. Der Bolschewismus habe „seine Rolle als Welterlöser ausgespielt, nachdem ihm eine sozialistische Regierung anderer Richtung [gemeint ist die ukrainische] mit dem Friedensschluß zuvor gekommen ist"[57].

---

[52] „Die Forderungen der Arbeiter", Vorwärts Nr. 29 vom 29. 1. 1918. Im Anschluß an die Januarstreiks verlangte auch Trotzki in Brest-Litowsk die Zuziehung österreichischer und deutscher Sozialisten zu den Verhandlungen; Deutscher, Trotzki, Bd. 1, S. 356.

[53] Krause, USPD; Wheeler, USPD, wie Anm. 51.

[54] Geiss, Erster Weltkrieg S. 178–180; Peter-Christian Witt: Friedrich Ebert. Bonn 1987, S. 78f.

[55] Zitiert nach Krause, USPD, S. 108.

[56] Von Rauch, Sowjetunion, S. 85, S. 94f. und S. 98f.; Michail Heller: Geschichte der Sowjetunion. Bd. 1. 1914–1939. Kronstein/Ts. 1981, S. 63f.

[57] „Der erste Friedensschluß!", Vorwärts Nr. 41 vom 10. 2. 1918. In der gleichen Nummer des Vorwärts betonte A. Grigorjanz die Bindung der Ukraine an Rußland: „Republik Ukraina", ebenda. Die Friedensbestimmungen fanden aber die Zustimmung des Vorwärts, der seine Hoffnung auf weitere Friedensschlüsse ausdrückte; „Der Wortlaut des Friedensvertrags", Vorwärts Nr. 42 vom 11. 2. 1918.

Der Friede mit der Ukraine markiert eine Wende der Verhandlungen in Brest-Litowsk. General Hoffmann, der Vertreter der deutschen Obersten Heeresleitung, präsentierte ultimativ die Forderung der Eingliederung Polens, Litauens und Kurlands in den Einflußbereich der Mittelmächte. Trotzki reagierte darauf am 10. Februar mit einer Erklärung, die seine Kontrahenten verblüffte: „In Erwartung der nicht mehr fernen Stunde, in der die arbeitenden Klassen aller Länder die Macht ergreifen werden [...], ziehen wir unsere Armee und unser Volk aus dem Krieg zurück", verkündete er[58]. Das mag eine großartige Geste gewesen sein, von politischer Weitsicht zeugte sie nicht. Da nun auch der deutsch-russische Waffenstillstand auslief, und ein Friede nicht geschlossen worden war, nahmen die deutschen Truppen ihren Vormarsch wieder auf, ohne dabei auf nennenswerten Widerstand zu stoßen[59].

Der *Vorwärts*, der zwar – wirkungslos – vor einer Fortsetzung des Krieges warnte, verwarf entschieden Trotzkis Vorstellung, ein revolutionärer Umsturz in Deutschland werde Rußland retten.

„Ein solches Beginnen wäre nicht nur aussichtslos, sondern auch den demokratischen Grundsätzen widersprechend und im Hinblick auf den fortdauernden Kriegszustand im Westen gefährlich. Denn wir hätten, wenn Deutschland in die Lage geriete, in der sich Rußland jetzt befindet, sicher nicht mit einer Erhebung der englischen und französischen Arbeiterklasse zu rechnen, die für die Unversehrtheit des deutschen Gebietes einträte."[60]

Die Enttäuschung über die Haltung der Bolschewiki in Brest-Litowsk rief die heftige Kritik Otto Brauns vom SPD-Vorstand hervor. Sie hätten den Waffenstillstand nicht zum Friedensschluß, sondern zur Übertragung der Revolution auf das Gebiet der Mittelmächte ausnutzen wollen. Da dieses Ziel noch immer nicht erreicht sei, hätten sie ohne Rücksicht auf die leidenden Menschen die Verhandlungen kurzerhand abgebrochen. Die Hoffnung auf eine Revolution in Deutschland sei aber ein „Irrwahn". Deutschland sei Rußland in politischer, kultureller und ökonomischer Hinsicht um hundert Jahre voraus. Es müsse auch offen ausgesprochen werden, daß die Sozialdemokraten die Gewaltmethoden der Bolschewiki auf das schärfste verurteilten. Die Bolschewiki hätten in Rußland eine „Säbelherrschaft etabliert, wie sie brutaler und rücksichtsloser unter dem Schandregiment des Zaren nicht bestand". Dieses Regime werde bald zusammenbrechen. „Was die Bolschewiki in Rußland treiben, ist weder Sozialismus noch Demokratie, es ist vielmehr gewalttätiger Putschismus und Anarchie. Deshalb müssen wir zwischen die Bolschewiki und uns einen dicken, sichtbaren Trennungsstrich ziehen."[61]

Hier wird der enge Zusammenhang zwischen der grundsätzlichen Haltung der SPD zu den Bolschewiki und den außenpolitischen Hoffnungen, die auf sie gesetzt wurden, offenbar. So deutlich wie Otto Braun – und kurz nach ihm Friedrich Stampfer[62] – das nach dem scheinbaren Scheitern von Brest-Litowsk tat, war die Forderung nach dem

---

[58] Zit. nach Deutscher, Trotzki I, S. 360.
[59] Ebenda, S. 361.
[60] „Trotzki erklärt den Kriegszustand für beendet", Vorwärts Nr. 43 vom 12. 2. 1918.
[61] Otto Braun: Die Bolschewiki und wir, in: Vorwärts Nr. 46 vom 15. 2. 1918. In Auszügen verbreitete später auch die Sozialdemokratische Parteikorrespondenz Otto Brauns Artikel: „Die Bolschewiki und die deutsche Sozialdemokratie", SPK Nr. 6 vom 16. 3. 1918.
[62] Friedrich Stampfer: Das Ende von Brest-Litowsk, in: Vorwärts, Nr. 49 vom 18. 2. 1918.

„dicken, sichtbaren Trennungsstrich" trotz aller Empörung nach der Auflösung der Konstituante nicht erhoben worden. Entscheidend war dabei nicht etwa eine Angst vor dem bolschewistischen Weltrevolutionskonzept, das Braun ja als „Irrwahn" einstufte, sondern die Empörung über eine utopistische Politik, die ohne Rücksicht auf ihre Opfer praktische Erfolge verhinderte[63].

Der linke Flügel der USPD sah hingegen in den Bolschewiki „Vertreter eines konsequenten Sozialismus", die sozialistische Grundsätze nicht „als phantastische Zukunftsträume ansehen, sondern sie zur Tat werden lassen wollen", wie es das *Mitteilungs-Blatt* ausdrückte. Das Berliner USPD-Organ erklärte, „vom ehrlich sozialistischen Standpunkte aus" könne trotz einzelner Fehler den Bolschewiki kein Vorwurf gemacht werden. Sie bedienten sich im Klassenkampf nur derselben Waffen, die ihre gegenrevolutionären Widersacher schon zuvor gegen sie ins Feld geführt hätten. „Die gleichen Leute, die feierlich ihre Solidarität mit den Bolschewiki versicherten, weil sie hofften, diese an den Wagen ihrer kläglichen Friedenspolitik spannen zu können, werfen jetzt mit Steinen auf diese Vertreter eines konsequenten Sozialismus", warf das *Mitteilungs-Blatt* der SPD und insbesondere Braun und Stampfer vor. Sie seien „nichts anderes als Schleppenträger der Reaktion", weil sie deren Verdammungsurteile gegen die Bolschewiki wiederholten[64].

Trotz Brauns scharfer Polemik blieb der SPD nach wie vor kein anderer Hoffnungsträger für den Frieden im Osten als die Bolschewiki. Das zeigte sich, als Eduard David am 20. Februar im Reichstag deren Friedensbereitschaft hervorhob und daran erinnerte, daß sie als einzige Partei in Rußland für einen sofortigen Frieden eintraten. Vorwürfe, die Bolschewiki würden die Verhandlungen in Brest-Litowsk verschleppen, da ihr eigentliches Ziel die Weltrevolution sei, wies David – ohne zu berücksichtigen, daß solches auch seine eigenen Genossen geäußert hatten – zurück. Die neueingeleiteten militärischen Operationen sollten rückgängig gemacht werden, nachdem sich die bolschewistische Regierung tags zuvor zur Annahme des Friedensdiktats von Brest-Litowsk bereiterklärt hatte. Er warnte vor einer Intervention in Rußland mit dem Ziel des Sturzes der Regierung. Jede Einmischung in die inneren russischen Verhältnisse sei zu vermeiden[65].

Keine Einmischung in die russischen Verhältnisse sah die Reichstagsfraktion der SPD offenbar in dem „Brotfrieden" mit der Ukraine, dem sie am 22. Februar trotz einiger Bedenken zustimmte. Die USPD dagegen votierte gegen den Vertrag. Ihr Sprecher Oscar Cohn verdammte ihn als annexionistisch und erklärte, der Vertrag mit der Ukraine habe keinen friedlichen Zweck, sondern solle die Mittel zur Führung des Krieges im Westen beschaffen[66].

Was Cohn über den Ukraine-Frieden gesagt hatte, galt in noch höherem Maße für den Vertrag von Brest-Litowsk, der am 3. März unterzeichnet wurde. Mit dem demo-

---

[63] Lösche, der Brauns Artikel ohne Berücksichtigung des außenpolitischen Kontextes als Fortsetzung und Systematisierung der Kritik an der Zerschlagung der Konstituante betrachtet, berücksichtigt diesen Zusammenhang nicht; Lösche, Bolschewismus, S. 138f.

[64] „Die Sünden der Bolschewiki", Mitteilungs-Blatt vom 24. 2. 1918, abgedruckt bei Naumann, Revolutionäre Berliner, S. 918–920.

[65] Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Protokolle. Bd. 311, S. 4007–4013, S. 4007.

[66] Verhandlungen Reichstag, Bd. 311, S. 4081–4086. Friedrich Stampfer hatte den Friedensvertrag mit der Ukraine zuvor im Vorwärts scharf kritisiert. Stampfer, Das Ende ...

kratischen Frieden, den die Sozialdemokraten angestrebt hatten, hatte er weder von der Art seines Zustandekommens, noch von seinem Inhalt her etwas gemein. Es war ein Friede *mit* Kontributionen und Annexionen, auch wenn letztere durch die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht verschleiert wurden. Diesen Frieden und die „Unabhängigkeit" der Ukraine hatte die russische Regierung ebenso zu akzeptieren wie die schrittweise oder schon vollständige Lostrennung der baltischen Länder, Polens und Finnlands sowie einiger armenischer Gebiete, die der Türkei zugeschlagen wurden[67]. Insbesondere die Abtrennung der Ukraine war ein schwerer Verlust von weitreichender ökonomischer Bedeutung. „Wie die Dinge lagen, verlor Rußland im Frieden von Brest-Litovsk 26% seiner Bevölkerung, 27% des anbaufähigen Landes, 26% des Eisenbahnnetzes, 33% der Textilindustrie, 73% der Eisenindustrie und 75% der Kohlenbergwerke", stellt Georg von Rauch fest[68].

Das Ergebnis von Brest-Litowsk war für die SPD ebenso unbefriedigend wie problematisch, denn einen Frieden im Osten wollte man unbedingt – jedoch nicht diesen. Neben der offenkundigen Tendenz zur Schaffung deutscher Vasallenstaaten unter dem Deckmantel des „Selbstbestimmungsrechts" stieß in der SPD vor allem auch die Labilität des Friedens auf Kritik. Er werde über kurz oder lang den Sturz der Bolschewikiregierung zur Folge haben, prophezeite der *Vorwärts*, und Philipp Scheidemann erklärte im Reichstag, der Friede werde russische Revancheideen fördern[69]. Die SPD machte aber nicht allein die Mittelmächte, sondern auch in erheblichem Maße die Bolschewiki für den Ausgang der Verhandlungen verantwortlich. Mit ihrer leichtfertigen Preisgabe von Gebieten hätten sie den deutschen Imperialismus geradezu gefördert und die Forderungen der SPD nach einem Frieden „ohne Balkanisierung des Ostens" konterkariert. Mit der Zerschlagung der Konstituante hätten sie auch ein „moralisches Bindemittel des [russischen J. Z.] Reiches" zerschlagen, schrieb Friedrich Stampfer[70]. Ähnlich äußerte sich Scheidemann im Reichstag und vor dem erweiterten Parteiausschuß[71]. Nicht ganz zu Unrecht stuft der sowjetische Historiker A. Korsunskij diese Haltung als zynisch ein[72], denn im SPD-Zentralorgan war auch zu lesen, Brest-Litowsk sei zwar ein Mißerfolg gewesen, aber das sei immer noch besser als wenn Deutschland das russische Schicksal widerfahren wäre[73]. Die Frage, ob man dem Vertrag von Brest-Litowsk im Reichstag zustimmen sollte, löste erhebliche Kontroversen innerhalb der SPD aus. So plädierte Paul Kampffmeyer im *Vorwärts* dafür, den „Gewaltfrieden" im Parlament abzulehnen. Befürchtungen, dies könnte die Wiederaufnahme der Kriegshandlungen

---

[67] Erdmann, Der Erste Weltkrieg, S. 217f.; zur Einschätzung des Vertrags von Brest-Litowsk siehe Winfried Baumgart: Brest-Litowsk und Versailles. Ein Vergleich zweier Friedensschlüsse, in: HZ 210 (1970) S. 582–619. Wenig überzeugend darin allerdings der Versuch, die annexionistischen Motive der deutschen Seite zu relativieren; siehe besonders S. 607–610.

[68] Von Rauch, Sowjetunion, S. 89

[69] „Die Bedingungen des deutsch-russischen Friedens", Vorwärts Nr. 58 vom 27. 2. 1918; Verhandlungen Reichstag, Bd. 311, S. 4162–4171, S. 4162.

[70] Friedrich Stampfer: Bolschewismus, in: Vorwärts Nr. 55 vom 14. 2. 1918.

[71] Vgl. Anm. 69; Protokoll der Sitzung des erweiterten Parteiausschusses vom 31. 5. 1918, in: Protokolle Parteiausschuß, Bd. 2, S. 561.

[72] A. Korsunskij: Rapall'skij dogovor i nemeckaja social-demokratija. [Der Rapallo-Vertrag und die deutsche Sozialdemokratie], in: Voprosy istorii Nr. 8, 1950, S. 91–101, hier: S. 92.

[73] „Die Bedingungen ..."

zur Folge haben, teilte er nicht[74]. Auch Philipp Scheidemann ist nach eigenem Bekunden entschieden für die Ablehnung eingetreten, die er als Konsequenz aus der Übernahme der Petersburger Friedensformel betrachtet habe[75]. Die Reichstagsfraktion sprach sich jedoch mit einer deutlichen Mehrheit gegen die Ablehnung des Vertrages aus. Mit einer noch größeren Mehrheit beschloß sie, sich der Stimme zu enthalten[76]. Philipp Scheidemann begründete diese Haltung am 22. März im Reichstag. Zwar, so führte er aus, sei man weder mit dem Inhalt noch dem Zustandekommen des Vertrags zufrieden, „da aber durch diesen Vertrag der Kriegszustand im Osten tatsächlich beendet wird, wollen wir ihn auch nicht ablehnen"[77]. Die USPD-Fraktion hingegen stimmte als einzige gegen den Vertrag – die logische Konsequenz aus ihrer Haltung in der Friedensfrage[78].

Mit dem ganzen russischen Volk, nicht nur mit den augenblicklichen Machthabern wolle man Frieden schließen, hatte der *Vorwärts* nach der Zerschlagung der Konstituante erklärt. Ein Frieden mit dem ganzen Volk war der Vertrag von Brest-Litowsk mit Sicherheit nicht. Lenin hatte Mühe gehabt, seine eigene Partei zur Zustimmung zu bewegen. Alle anderen politischen Kräfte des Landes waren ohnehin gegen den Vertrag. Auf dem Mitte März außerordentlich einberufenen vierten allrussischen Sowjetkongreß, der ihn ratifizieren sollte, stieß er nicht nur bei den oppositionellen Parteien auf scharfe Ablehnung, sondern auch bei den Linken Sozialrevolutionären (SR). Sie zogen aus Protest ihre Vertreter aus der gemeinsam mit den Bolschewiki gebildeten Regierung zurück. Das markierte den Beginn eines scharfen Oppositionskurses der Linken SR gegen die nunmehr rein bolschewistische Regierung[79]. Trotz der scharfen Gegnerschaft wurde der Vertrag von einer starken Mehrheit des Kongresses ratifiziert. Es gibt allerdings deutliche Hinweise, daß das Zustandekommen dieser Mehrheit auf kräftige Manipulationen seitens der Bolschewiki zurückzuführen ist[80].

Die Vorgänge auf dem Sowjetkongreß fanden in der sozialdemokratischen Publizistik keine besondere Aufmerksamkeit, doch bestimmten der Konflikt, der dort sichtbar geworden war, und die weiteren Folgen des Vertrages von Brest-Litowsk ganz wesentlich das Verhältnis der SPD zu den Bolschewiki in den nächsten Monaten. Wenn sie auch die Bedingungen des Friedens abgelehnt hatte, so lag ihr doch ganz entscheidend am Zustandekommen und am Erhalt des Friedens im Osten, den allein die Bolschewiki politisch trugen. Aufgrund dieser Interessengemeinschaft traten etwa bis zum Oktober 1918 die kritischen Töne zur Politik der Bolschewiki in den Hintergrund.

Bestärkt wurde die Interessengemeinschaft noch durch die alliierten Interventionen in Rußland, die zunächst auf die Sicherstellung der in mehreren russischen Häfen lagernden, von den Entente-Staaten gelieferten umfangreichen Vorräte von Kriegsmate-

---

[74] Paul Kampffmeyer: Russenfriede und Reichstag, in: Vorwärts Nr. 72 vom 13. 3. 1918.
[75] Philipp Scheidemann: Der Zusammenbruch. Berlin 1921, S. 154.
[76] Miller, Burgfrieden, S. 352.
[77] Verhandlungen Reichstag, Bd. 311, S. 4536.
[78] Wheeler, USPD, S. 40. A. Korsunskijs Behauptung, SPD und USPD hätten gleichermaßen den Vertrag von Brest-Litowsk unterstützt, ist falsch.
[79] Von Rauch, Sowjetunion, S. 108; Brovkin, Mensheviks after October, S. 67. Eine Kernstelle von Martows Ablehnungsrede ist abgedruckt bei Ascher, Mensheviks in the Russian Revolution, S. 110.
[80] Brovkin, Mensheviks after October, S. 68–71.

rial zielten, aber nahezu nahtlos in die Unterstützung der bewaffneten antibolschewistischen Kräfte übergingen[81]. Der *Vorwärts* stimmte ausdrücklich dem Urteil der „Volksregierung der Sowjets" zu, daß es sich auch um eine gegenrevolutionäre Maßnahme handle[82].

Unversehens war so die „Säbelherrschaft" zur „Volksregierung" avanciert. Die sozialistischen Gegner der Bolschewiki betrachtete der *Vorwärts* hingegen mit unverhohlener Ablehnung. Die Meldung, bei den Wahlen zum Petrograder Sowjet hätten die Bolschewiki 436 von 544 Sitzen gewonnen, erläuterte er mit dem Satz: „Einen besseren Beweis für die Unrichtigkeit der Behauptung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die Bolschewiki verlieren [sic!] immer breitere Massen der Petersburger Arbeiter, kann man sich nicht wünschen."[83] Das Mißtrauen gegenüber den Zerstörern der Konstituante, das hier durchaus am Platz gewesen wäre[84], war völlig verschwunden.

Die ablehnende Haltung den Sozialrevolutionären gegenüber verschärfte sich naturgemäß noch, als diese den deutschen Gesandten in Moskau, von Mirbach, ermordeten, um so das Abkommen von Brest-Litowsk zu sabotieren und zugleich das Signal für einen bewaffneten Aufstand gegen die Bolschewiki zu geben[85]. Die Fronten waren klar: Während eine außenpolitische Erklärung des neuen Außenministers Čičerin nach Meinung des *Vorwärts* Möglichkeiten barg, „mit denen sich verständigungspolitisch in die Zukunft bauen läßt", konstatierte er andererseits: „Die Sozialrevolutionäre spielen das Spiel der Entente."[86]

Diese Sympathieverteilung blieb jedoch nicht auf außenpolitische Aspekte beschränkt. Wohlwollend kommentierte der *Vorwärts* etwa das Dekret über die Nationa-

---

[81] Zu den Motiven und zum Verlauf der Interventionen siehe ausführlich Kennan, Sowjetische Außenpolitik, S. 91–163.

[82] „Die Moskauer Ententevertreter zur Landung in Wladiwostok", Vorwärts Nr. 97 vom 9. 4. 1918; „Der Protest des Arbeiterrates von Wladiwostok", ebenda Nr. 101 vom 13. 4. 1918.

[83] „Das Endergebnis der Neuwahlen des Petersburger Sowjets", Vorwärts Nr. 182 vom 5. 8. 1918.

[84] Brovkin, Mensheviks after October, S. 238–243, hat die Wahl einer detaillierten Analyse unterzogen. Unter Berücksichtigung des komplizierten Wahlmodus und der differierenden Angaben über die Gesamtdelegiertenzahl und die Wahlergebnisse kommt er zu dem Schluß, daß die bolschewistische Mehrheit vor allem durch die Ernennung von Deputierten aus bolschewistisch kontrollierten Organisationen – häufig „tote Seelen" – zustandekam. Bei der Minderheit, die die direkt von Arbeitern gewählten Deputierten darstellten, verfügten Menschewiki und Sozialrevolutionäre über eine deutliche Mehrheit. Es ist anzunehmen, daß der Vorwärts über die Details nicht im einzelnen informiert war, doch waren ihm, wie aus dem Zitat hervorgeht, offenkundig auch menschewistische und sozialrevolutionäre Quellen zugänglich, vor allem das in Stockholm erscheinende Bulletin Stimmen aus Rußland, seit Juni das offizielle Mitteilungsblatt der Auslandsdelegationen der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre ; Échos de Russie Nr. 15/16 vom 15. 6. 1918, vgl. auch Anm. 34. In der genannten Nummer fand sich etwa auch ein Bericht über die gewaltsame Niederschlagung einer Arbeiterdemonstration für Neuwahlen der Sowjets durch die Roten Garden, bei der drei Demonstranten erschossen wurden, „Le Massacre des ouvriers à Kolpino", ebenda; siehe auch Brovkin, Mensheviks after October, S. 178–185. Der Vorwärts nahm davon keine Notiz.

[85] „Der deutsche Gesandte in Moskau ermordet", Vorwärts Nr. 184 vom 7. 7. 1918, ferner die Berichterstattung über den Aufstand in Nr. 185 vom 8. und Nr. 186 vom 9. 7. 1918. Dazu von Rauch, Sowjetunion, S. 109–111.

[86] „Die auswärtige Politik der Sowjetregierung", Vorwärts Nr. 189 vom 12. 7. 1918; „Die Arbeit der Entente in Rußland", ebenda, Nr. 217 vom 9. 8. 1918. In der Tat unterhielten die Sozialrevolutionäre enge Beziehungen zum französischen Botschafter in Rußland, Noulens, von dem sie auch finanziell unterstützt wurden; von Rauch, Sowjetunion, S. 110.

lisierung der Industrie, in dem er einen Beweis dafür sah, daß die Bolschewiki „die organische Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft in eine sozialistische mit tauglichen Mitteln anstreben, die von den aus den ersten Zeiten der proletarischen Revolution gemeldeten primitiven Entthronungsversuchen der Kapitalisten sehr verschieden sind“[87]. Das allerdings rief den entschiedenen Widerspruch des russischen *Vorwärts*-Mitarbeiter A. Grigorjanz hervor, der in einer Entgegnung auf den Verfall der Industrie verwies, die nur noch 10 Prozent der Vorkriegsleistung erbringe. Die Betriebe seien in den Händen ungeschulter und unerfahrener Arbeiter und würden von der Regierung mit Subventionen von schwindelnder Höhe am Leben erhalten[88]. Auch die am rechten Parteiflügel angesiedelten *Sozialistischen Monatshefte* glaubten zur gleichen Zeit eine reformistische Entwicklung des Bolschewismus ausmachen zu können[89]. Diese Einschätzungen reflektieren die kurze Phase des sogenannten „Neuen Kurses“ in Sowjetrußland zwischen März und Juni 1918, in der zwar vorübergehend die Angriffe auf das Bürgertum gemildert wurden, die aber letztlich – abgesehen von der Zurückdrängung der Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben – den Charakter des sogenannten „Kriegskommunismus“ nicht wesentlich änderte[90].

Bezeichnend für die Haltung der SPD in dieser Phase ist die – von einem gewissen Maß an „wishful thinking“ gekennzeichnete – sensible Aufmerksamkeit für diese Entwicklung, während die gewaltsame Festigung der bolschewistischen Diktatur kaum Gegenstand kritischer Betrachtung war. Das zeigte sich deutlich, als Paul Axelrod mit seiner Initiative einer sozialistischen Intervention hervortrat. Axelrod war, wie es auch der Linie seiner Partei entsprach, gegen die Intervention der Alliierten. Er war jedoch zutiefst besorgt über die Sympathien, die den Bolschewiki in den westlichen sozialistischen Parteien entgegengebracht wurden. Dies betrachtete er als eine moralische Unterstützung der Bolschewiki. Dem setzte er seine Idee einer internationalen sozialistischen Untersuchungskommission entgegen, die die Verhältnisse vor Ort überprüfen sollte. Damit, so hoffte er, würden einerseits die Illusionen westlicher Sozialisten über den Charakter des bolschewistischen Regimes zerstört, andererseits könnte so ein moralischer Druck auf die Bolschewiki ausgeübt werden, die in ihrer prekären Situation Wert auf die Unterstützung der westlichen sozialistischen Parteien legen mußten. Axelrod trieb diese Initiative in den Jahren 1918/19 mit großer Energie voran[91]. Nach einem ersten Appell im Februar, in dem die Aufhebung der Grundfreiheiten durch die Bolschewiki angeklagt worden war – er war auch im *Vorwärts* erschienen[92] –, konkretisierte Axelrod Anfang August zusammen mit dem Vertreter der sozialrevolutionären Aus-

---

[87] „Die Nationalisierung der russischen Industrie“, Vorwärts Nr. 193 vom 16. 7. 1918.

[88] A. Grigorjanz: Die Nationalisierung der russischen Industrie. Vorwärts Nr. 195 vom 18. 7. 1918.

[89] Ludwig Quessel: Vom Bolschewismus zum Reformismus, in: SM Nr. 17 vom 16. 7. 1918, S. 667–675. Quessel hatte sich bereits früher gegen die These gewandt, Rußland sei noch nicht reif für den Sozialismus, ders.: Der Aufbau des neuen Rußland, in: SM Nr. 1/2 vom 8. 1. 1918, S. 7-12.

[90] Brovkin, Mensheviks after October, S. 77–81; Hildermeier, Russische Revolution S. 278–280.

[91] Ascher, Mensheviks, S. 34f.

[92] „Das Schicksal der russischen Revolution. Axelrod an die Internationale“, Vorwärts Nr. 54 vom 23. 2. 1918. Lösche, Bolschewismus, S. 141, meint wohl nicht zu Unrecht, in der Veröffentlichung zugleich eine Zustimmung zu erkennen, verfolgt jedoch die weitere Entwicklung von Axelrods Initiative nicht.

landsdelegation Rusanov sein Anliegen an die Internationale. Eine sozialistische Untersuchungskommission sollte nach Rußland entsandt werden mit dem Auftrag, den Vorwurf zu überprüfen, die Herrschaft der Bolschewiki sei zu einer terroristischen Konterrevolution entartet, die sich auch und gerade gegen das Proletariat und die Bauern richte und in ökonomischer Hinsicht nicht den Sozialismus, sondern Massenarbeitslosigkeit und Hunger gebracht habe. Geprüft werden sollte andererseits auch der bolschewistische Vorwurf, die anderen sozialistischen Parteien würden im Bunde mit bürgerlichen und monarchistischen Gruppen die Gegenrevolution betreiben.

Während der eigentliche Untersuchungsauftrag sich nur auf die innenpolitischen Verhältnisse Rußlands bezog, wurde in der Erläuterung dazu auch beklagt, daß die Bolschewiki durch die Demobilisierung der Armee das Land der Verteidigung beraubt und damit letztlich den Weg zu einem allgemeinen Frieden versperrt hätten. Außerdem ist der Aufruf durchdrungen von der Klage darüber, daß bei den westlichen Sozialisten Illusionen über den wahren Charakter der bolschewistischen Herrschaft dominierten, und deren sozialistische Kritiker als unglaubwürdig und konterrevolutionär eingestuft würden[93].

Der *Vorwärts*, der zunächst – abgesehen von einer distanzierten Überschrift – kommentarlos über den Aufruf berichtet hatte, wandte sich vier Wochen später, als sich die als deutschfeindlich eingestuften schwedischen Sozialdemokraten für die Untersuchungskommission ausgesprochen hatten, schroff gegen ihn. Es wäre die denkbar schlechteste Anwendung einer wiederbelebten Internationale, „wenn sie zur Anklagebehörde über diejenigen ihrer Mitglieder werden sollte, die als erste den praktischen Versuch gemacht haben, den Sozialismus für ein ganzes Volk in die Wirklichkeit zu übertragen". Hinter dem Beschluß des schwedischen Parteivorstandes stehe der Geist Brantings und dahinter der „Geist der Entente-Chauvinisten", die jene, die „nicht ihre Tätigkeit in den Dienst des Ententesieges gestellt haben, vor den Richterstuhl schleppen möchten, sei es die deutsche Sozialdemokratie, sei es den russischen Bolschewismus"[94]. Informationen über den bolschewistischen Terror, der nach dem Attentat auf Lenin Ende August zur offiziellen Politik erhoben wurde, verschwanden zwar nicht völlig aus dem *Vorwärts*, sie wurden jedoch in äußerst allgemeiner und vorsichtiger Form präsentiert[95]. Ein wesentlicher Grund für diese Zurückhaltung war gewiß auch die Presselen-

---

[93] Die russische Revolution und die sozialistische Internationale. Aus dem literarischen Nachlaß von Paul Axelrod. Jena 1932, S. 159–163; „Rechtssozialdemokraten und Sozialrevolutionäre gegen die Bolschewiki", Vorwärts Nr. 211 vom 3. 8. 1918.

[94] „Eine Aktion der Internationale gegen die Bolschewiki?", Vorwärts Nr. 236 vom 28. 8. 1918. Zur Stützung seiner Position zitierte der Vorwärts zudem Vorwürfe aus den Iswestija, wonach die Sozialrevolutionäre konterrevolutionäre Aktivitäten betrieben und ihr rechter Flügel für die Wiederherstellung des Großgrundbesitzes und der Monarchie eintrete. Nicht zutreffend ist Abraham Aschers Einschätzung, die deutschen Sozialdemokraten hätten Axelrods Initiative abgelehnt, weil sie die Politik ihrer Regierung, Rußland durch ein „bolschewistisches Chaos" zu schwächen und so die deutsche Position im Westen zu stärken, unterstützt hätten; Ascher, Mensheviks, S. 35. Nicht um die Schwächung Rußlands, sondern um die Aufrechterhaltung des Friedens im Osten ging es der SPD. Von einem „bolschewistischen Chaos", war in ihrer Publizistik in dieser Phase nicht die Rede.

[95] „Die Gegenrevolution in Rußland", Vorwärts Nr. 175 vom 28. 6. 1918; „Nach dem Attentat", ebenda, Nr. 242 vom 3. 9. 1918. Hildermeier, Russische Revolution, S. 287f., hält 280000 Todesopfer des roten Terrors vom Dezember 1917 bis Februar 1922 für die zutreffendste Schätzung.

kung durch das Auswärtige Amt. So wandte sich der Staatssekretär des Außenministeriums Paul von Hintze gegen Proteste gegen den roten Terror, erklärte am 24. September im Reichstagsausschuß Zeitungsberichte über den Terror für übertrieben und bemühte sich allgemein, Nachrichten, die für die Bolschewiki-Regierung ungünstig waren, zu unterdrücken[96].

Die Bolschewismusdebatte spitzt sich zu: Lenin gegen Kautsky

Die Auseinandersetzung mit den Bolschewiki, die sich seit März 1918 als Kommunistische Partei bezeichneten, entwickelte sich in der USPD unter anderen Vorzeichen. Sie stand in Fundamentalopposition zur Politik des Reiches. Außenpolitische Rücksichten, die auf die Haltung der SPD großen Einfluß hatten, spielten daher bei ihr keine Rolle. Die Bewertung der russischen Ereignisse betraf jedoch in viel höherem Maße, als das bei der SPD der Fall war, ihr politisches Selbstverständnis. Trotz des vielfach vertretenen Opportunitätsgesichtspunktes, die prekäre Lage der Bolschewiki nicht noch durch Kritik zu erschweren, setzten Karl Kautsky und Alexander Stein ihre kritische Auseinandersetzung mit den Bolschewiki fort. So bekräftigte Kautsky seine Einwände gegen das bolschewistische Revolutionskonzept, das in Rußland mangels der sozioökonomischen Voraussetzungen scheitern müsse und die ganz andersartigen Bedingungen für eine Revolution im Westen verkenne. Vorsichtig erklärte er, bürgerliche Berichte über Greueltaten bedürften der Überprüfung[97].

Den anderen Pol bildeten die überzeugten Bewunderer der Bolschewiki, die sich zunächst vor allem in der Spartakusgruppe fanden[98]. Anhänger wie Clara Zetkin und Franz Mehring waren vor allem durch deren Tatkraft beeindruckt, der gegenüber theoretische Bedenken für sie wenig wogen[99]. Im Mai erschien in der bolschewistischen Presse ein Artikel von Clara Zetkin mit dem eindeutigen Titel „Für die Bolschewiki", in dem sie sich gegen Alexander Steins Kritik wandte. „In der Gegenwart Not und Kleinmut steht der Bolschewiki Erhebung und Kampf [als] ein Riesenwegweiser der Zukunft", schrieb sie pathetisch[100]. Ähnlich äußerte sich in einem offenen Brief an die Bolschewiki, der am 13. Juni in der *Pravda* und am 4. Juli auch in der *Leipziger Volkszeitung* veröffentlicht wurde, Franz Mehring. Er bezeichnete Kautsky als einen „ge-

---

[96] Winfried Baumgart: Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Wien usw. 1966, S. 316–319.

[97] Karl Kautsky: Verschiedene Kritiker der Bolschewiki, in: Sozialistische Auslandspolitik Nr. 11 vom 13. 3. 1918, S. 1–4.

[98] Rosa Luxemburg, das geistige Haupt dieser Gruppe, trotz starker Sympathie für deren revolutionären Aktivismus eine sehr kritische Stellung zur Politik der Bolschewiki ein, die sie im Herbst 1918 im Gefängnis von Breslau in ihrem berühmten Aufsatz über die russische Revolution formulierte. Mit dem bekannten Argument der Rücksichtnahme auf die bedrängte Lage der Bolschewiki brachte sie Paul Levi dazu, auf die Veröffentlichung zu verzichten. Helmut Hirsch: Rosa Luxemburg. Reinbek bei Hamburg [8]1979, S. 113f. Erst 1921 publizierte Levi den Aufsatz postum, nachdem er aus der KPD ausgeschlossen worden war. Da er erst zu diesem Zeitpunkt politische Wirksamkeit erhielt, wird er hier noch nicht behandelt.

[99] Lösche, Bolschewismus, S. 155–157.

[100] Katja Haferkorn, Peter Schmalfuß: Für die Bolschewiki. Eine bisher unbekannte Arbeit Clara Zetkins vom Jahre 1918, in: BzG (1988) S. 620–631, hier: S. 631.

lehrten Schulmeister" ohne revolutionären Geist und rechnete scharf mit der USPD ab. Sie sei eine schwankende und unentschlossene Partei, die ihre Unentschiedenheit und ihren Mangel an politischen Erfolgen mit der von Kautsky und Stein betriebenen Kampagne gegen die Bolschewiki kompensieren wolle. Kautsky warf er vor, „daß es einfach unanständig ist von Leuten, die im Auslande in Ruhe und Sicherheit sitzen, zur Freude der Bourgeoisie die Stellung revolutionärer Kämpfer, die unter den schwierigsten Verhältnissen wirken und große persönliche Opfer bringen, zu erschweren"[101].

Die Führung der USPD wies Mehrings harsche Kritik zurück, distanzierte sich aber zugleich von Kautsky und Stein. Die Parteileitung habe durch ihre Führer im Parlament erklärt, daß sie jede Kritik an den Bolschewiki gegenwärtig ablehne. Kautsky und Stein hätten nur ihre persönlichen Ansichten geäußert[102].

Neben der „solidarischen Kritikabstinenz" bestimmten zwei weitere Gesichtspunkte die Haltung der Mehrheit der Unabhängigen Sozialdemokraten gegenüber den Bolschewiki: die Ablehnung eines inneren ideologischen Zwistes, der die Kräfte der Partei schwächen könnte[103], und die Faszination des sozialistischen Experiments, die auch auf Vertreter der Parteimitte wie Rudolf Breitscheid ausstrahlte[104].

Besorgt hatte schon Mitte Juni Ju. O. Martow in einem Brief an Alexander Stein vor Illusionen über den Charakter der bolschewistischen Herrschaft gewarnt. „Aus einer unlängst hier veröffentlichten Grußadresse Mehrings an die Bolschewiki und einem (früheren) Artikel Zetkins ersehe ich, wie stark noch das Vorurteil zugunsten der Bolschewiki ist", schrieb er[105]. Er wolle mit seinem Brief vor allem Stein Material für seine „wertvolle Aufklärungsarbeit" übermitteln. Er warnte vor Falschdarstellungen, wie sie außer dem sowjetrussischen Botschafter Joffe vor allem Larin und Bucharin verbreiteten[106], und bat Stein, diese Warnung auch an „Kautsky und die anderen Freunde" zu übermitteln. Martows Mitteilungen über die jüngsten Ereignisse in Rußland zeigten, daß sich die Diktatur der Bolschewiki in zunehmenden Maße auch gegen die sozialistischen Oppositionsparteien und die Arbeiterschaft wendete. Zwei Tage zuvor waren Menschewiki und Sozialrevolutionäre aus dem Zentralen Exekutivkomitee der Sowjets ausgeschlossen worden. Damit, so schrieb Martow, seien das Prinzip der Arbeiterrepräsentation in den Räten und der Boden der Sowjetverfassung zerstört. Der Ausschluß der Menschewiki sei mit der falschen Anschuldigung begründet worden, sie

---

[101] „Ein offenes Schreiben Franz Mehrings an die Bolschewiki", LVZ Nr. 153 vom 4. 7. 1918; „Franz Mehring an die Bolschewiki über den Zusammenbruch der Unabhängigen", SPK Nr. 11 vom 13. 7. 1918.

[102] „Die Parteileitung der Unabhängigen gegen Mehring", SPK Nr. 11 vom 13. 7. 1918.

[103] Das gab Hugo Haase in einem Brief an Karl Kautsky vom 6. August 1918 zu bedenken, abgedruckt in: Haase, Hugo Haase, S. 161 f.

[104] Rudolf Breitscheid: Gefühl oder Erkenntnis? LVZ Nr. 175 vom 30. 7. 1918. Die Bolschewismusdebatte war auch Gegenstand einer Reichskonferenz der USPD-Funktionäre Ende September. Die Mehrheit setzte sich für die Unterstützung der Bolschewiki ein, ohne den Terror und die bolschewistische Außenpolitik zu billigen; Wheeler, USPD, S. 41.

[105] „Iz neizdannich pisem Ju. O. Martova" [„Aus unveröffentlichten Briefen Ju. O. Martows"], Ju. O. Martov – A. N. Šteinu [Martow an Stein] Moskau 16. 6. 1918, in: Socialističeskij Vestnik, Nr. 7/8 vom 25. 4. 1926.

[106] Letzterer hatte bei seiner Durchreise durch Deutschland Franz Mehring besucht und ihm ein positives Bild von der Entwicklung in Rußland gezeichnet; Lösche, Bolschewismus, S. 156.

hätten sich am Aufstand der tschechoslowakischen Legion beteiligt[107]. Vielerorts werde von der Arbeiterschaft die Forderung nach Neuwahlen der Sowjets erhoben. Dort, wo sie durchgesetzt werden konnte, sei entweder die Opposition erstarkt oder die Menschewiki und Sozialrevolutionäre hätten sogar die Mehrheit gewonnen. Aber fast überall seien die neugebildeten Sowjets entweder durch bewaffnete Kräfte der Bolschewiki aufgelöst oder die gestärkte Opposition sei ausgeschlossen worden. Die Verfolgung der Sozialdemokraten werde immer grausamer. Fast alle menschewistischen Zeitungen seien geschlossen worden. Martow gab Beispiele von Verhaftungen und sogar einigen Erschießungen von Mitgliedern seiner Partei. Die bolschewistischen Fabrikräte hätten sich in Strafbeamte verwandelt, die Streiks und eigenständige Fabrikversammlungen ahndeten. Der Unwille über die bolschewistische Herrschaft äußere sich zunehmend in bewaffneten Überfällen auf Sowjets und sogar Morden an bolschewistischen Kommissaren.

In der USPD war eine derartige Sicht der Dinge immer weniger vermittelbar. Hier breitete sich eine schematisierte Wahrnehmung aus, die nur die revolutionären Bolschewiki auf der einen und die vereinigte Konterrevolution auf der anderen Seite sah. So druckte die *Leipziger Volkszeitung* einen Artikel aus den *Izvestija* nach, in dem „Schwarzhundertschaften", Sozialrevolutionäre und Menschewiki als eine reaktionäre Masse dargestellt wurden. In einer Vorbemerkung erklärte die Redaktion ohne weitere Erläuterung, die Menschewiki würden die erhobenen Vorwürfe bestreiten[108]. Auch die Ankündigung des „roten Terrors" nach dem Attentat auf Lenin, die der *Vorwärts* noch milde als Ausdruck der Schwäche der bolschewistischen Herrschaft getadelt hatte, fand bei der LVZ volles Verständnis[109]. Angesichts dieser Stimmungslage war es wenig verwunderlich, daß Alexander Steins Werben für Axelrods Vorschlag, eine sozialistische Untersuchungskommission nach Rußland zu entsenden, ohne Widerhall blieb[110].

David W. Morgan stuft die Auseinandersetzung über den Bolschewismus, die 1918 in der USPD geführt wurde, als eine „abstrakte Debatte" ein, die die Partei nur in einer

---

[107] Der Aufstand der tschechoslowakischen Legion war, ohne geplant gewesen zu sein, auf das engste mit der alliierten Intervention und der vor allem von Sozialrevolutionären getragenen Aufstandsbewegung an der Wolga verknüpft; Kennan, Sowjetische Außenpolitik, S. 134–141; Hildermeier, Russische Revolution, S. 269f. Das Zentralkomitee der Menschewiki untersagte den Parteimitgliedern jegliche Beteiligung an antibolschewistischen Aufständen, die als Wegbereiter für eine reaktionäre und monarchistische Konterrevolution betrachtet wurden, konnte aber nicht in allen Fällen seine Autorität durchsetzen; Martow/Dan, Russische Sozialdemokratie, S. 312f.; Broido, Lenin and the Mensheviks, S. 39–42; George Denicke: From the Dissolution of the Constituent Assmbly to the Outbreak of the Civil War, in: Haimson, Mensheviks, S. 107–155, hier: S. 154f.

[108] „Die Feinde der Sowjetmacht", LVZ Nr. 174 vom 29. 7. 1918. Als „Schwarze Hundertschaften" wurden gegenrevolutionäre Terrorgruppen der Zeit von 1905–07 bezeichnet, die Morde an linken Politikern begingen und eine Reihe von Judenpogromen veranstalteten. Torke (Hrsg.), Lexikon der Geschichte Rußlands, S. 340.

[109] „Eine gegenrevolutionäre Verschwörung in Rußland", LVZ Nr. 204 vom 2. 9. 1918; „Nach dem Attentat", Vorwärts Nr. 242 vom 3. 9. 1918. Zum Terror siehe Broido, Lenin and the Mensheviks, S. 35f. Heller, Sowjetunion, S. 57–60.

[110] Alexander Stein: Rußland und die Internationale, in: Sozialistische Auslandspolitik Nr. 36 vom 6. 9. 1918.

Periode relativer Inaktivität und Frustration so stark in Anspruch nehmen konnte[111]. Sicher haben die Unmöglichkeit, effektiv ins politische Tagesgeschehen einzugreifen, und die damit verbundene Handlungsentlastung die Entwicklung der Diskussion gefördert. Als die USPD wenig später voll von den Ereignissen der deutschen Revolution in Beschlag genommen wurde, trat die Auseinandersetzung um die russischen Ereignisse zunächst in den Hintergrund. Dennoch war der Disput des Jahres 1918 keine rein akademische Übung. Nicht nur, daß sich hier bereits die Trennlinien, entlang deren sich die USPD – und die sozialistische Arbeiterbewegung insgesamt – später spalten sollte, abzeichneten[112], das Thema war durchaus von aktueller politischer Brisanz. Dies zeigt die Tatsache, daß sich Lenin, der zu jener Zeit wohl kaum Muße für rein theoretische Erörterungen hatte, mit einem umfangreichen Beitrag einschaltete.

Daß es sich um eine Debatte von allgemeiner Bedeutung handelte, betonte im August 1918 Karl Kautsky. Die Erhebung der Bolschewiki sei die einer sozialistischen Partei gegen andere sozialistische Parteien. Ihre Abschottung gegen Kritik, mit dem Argument, man dürfe sie in ihrer prekären Lage nicht gefährden, komme einem Schweigegebot allein für Verfechter der Demokratie gleich. Kautsky wies auf einen Artikel Wilhelm Düwells hin, in dem die diktatorischen Methoden der Bolschewiki verteidigt worden waren. Damit sei der bisher in der Sozialdemokratie unumstrittene Grundsatz der Demokratie zur Disposition gestellt worden. Das aber sei eine allgemeine, nicht nur auf Rußland begrenzte Streitfrage. Kautsky kündigte an, darauf ausführlich in einer eigenen Broschüre einzugehen[113].

In der Broschüre *Die Diktatur des Proletariats*, die im September 1918 erschien[114], erläuterte Kautsky eingehend seine Auffassung von der Untrennbarkeit von Sozialismus und Demokratie und legte diesen Maßstab kritisch an die sowjetrussische Wirklichkeit an. Der neben anderen von Düwell vertretenen Auffassung, Demokratie sei für Sozialisten nur ein Mittel zum Zweck, trat Kautsky entschieden entgegen. Beide seien Mittel für den gleichen Zweck, nämlich die Aufhebung jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung. Als „Sozialismus" bezeichnete Kautsky dabei die auf Vergesellschaftung beruhende Produktionsweise. Eine „kommunistische Wirtschaft" ohne Demokratie sei zwar möglich, sie müsse aber geradezu zu einer Basis des Despotismus werden[115]. Die Demokratie sei der notwendige Rahmen des Klassenkampfes, der auf ein Minimum an Freiheitsrechten angewiesen sei. Nur in der Demokratie könne das Proletariat die politische Reife erwerben, die neben den objektiven Bedingungen der industriellen

---

[111] David W. Morgan: The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party, 1917–1922. Ithaca and London 1975, S. 103.

[112] Gerhard A. Ritter vertritt gegen Robert F. Wheeler und Hartfried Krause die These, der Zerfall der USPD sei bereits bei Kriegsende absehbar gewesen. Er lehnt sich dabei an Morgan an. Gerhard A. Ritter: Die sozialistischen Parteien in Deutschland zwischen Kaiserreich und Republik, in: Werner Pöls (Hrsg.): Staat und Gesellschaft im politischen Wandel. [Festschrift für Walter Bußmann]. Stuttgart 1979, S. 100–155, hier: S. 131f., Fußnote 110. Die Bedeutung der Bolschewismusdebatte für den Prozeß der Spaltung der USPD stuft Morgan m.E. zu gering ein. Sie gehört zu den wichtigsten, schon 1918 wirksamen Faktoren für die Spaltung.

[113] Karl Kautsky: Demokratie oder Diktatur, in: Sozialistische Auslandspolitik, Nr. 34 vom 22. 8. 1918; Wilhelm Düwell: „Mittel und Zweck", ebenda Nr. 33 vom 15. 8. 1918.

[114] Karl Kautsky: Die Diktatur des Proletariats. Wien 1918.

[115] Ebenda, S. 4f.

Entwicklung eine unabdingbare Voraussetzung des Sozialismus sei[116]. Kautskys Demokratiebegriff war eindeutig. Plebiszitären Anschauungen erteilte er eine Absage. Direkte Kontrolle der Regierung und direkte Gesetzgebung durch das Volk seien unpraktikabel. Er befürwortete dagegen eine auf dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht basierende parlamentarische Demokratie mit Minderheitenschutzrechten. Diese Staatsform könne dem Proletariat den friedlichen Weg zur Macht eröffnen. Das habe auch schon Marx erkannt[117]. Die Bolschewiki beriefen sich bei der Rechtfertigung ihrer Diktatur hingegen zu Unrecht auf Marx. Seine in der „Kritik des Gothaer Programms" getroffene Feststellung, zwischen Kapitalismus und Kommunismus liege notwendigerweise die Übergangsperiode der „revolutionären Diktatur des Proletariats", habe sich nicht auf eine Regierungsform, sondern auf einen gesellschaftlichen Zustand bezogen. Marx habe auf die Pariser Kommune als historisches Beispiel der Diktatur des Proletariats verwiesen. In der Kommune habe es ein pluralistisches Parteiensystem, allgemeines Stimmrecht und die Freiheit des Wortes gegeben[118]. Kautsky übergeht allerdings, daß Marx seine Darstellung der Pariser Kommune mit einer scharfen Parlamentarismuskritik verband und die Kommune „arbeitende Körperschaft" ohne Gewaltentrennung war[119]. Die ansonsten beeindruckend geschlossene Argumentation Kautskys hat ihre größte Schwäche darin, daß er, in scheinbarer marxistischer Orthodoxie verharrend, den Begriff der „Diktatur des Proletariats" bewahren will, ihn aber letztlich in nichts auflöst, indem er ihn mit einer sozialdemokratischen Mehrheit in einer parlamentarischen Demokratie gleichsetzt[120].

Im Anschluß an seine demokratietheoretischen Erörterungen, die später auch als gesonderte Publikation erschienen[121], ging Kautsky scharf mit der Politik der Bolschewiki ins Gericht. Ihre Erwartung, durch ihre Erhebung werde eine allgemeine europäische Revolution ausgelöst werden, verkenne die andersartigen sozialen und politischen Bedingungen in den anderen Ländern[122]. Im Inneren zerstörten sie die Demokratie und etablierten die Diktatur ihrer Partei. Lenin habe erklärt, die Ergebnisse der Wahlen zur Konstituante, die vor der Oktoberrevolution und der Spaltung der Sozialrevolutionäre stattfand, drückten nicht mehr den tatsächlichen Volkswillen aus. Statt aber konsequenterweise Neuwahlen der Konstituante herbeizuführen, habe er kurzerhand die Sowjets zur höheren Form der Demokratie erklärt – allerdings erst, nachdem die Bolschewiki bei den Wahlen zur Konstituante in der Minderheit geblieben seien[123]. Kautsky betonte

---

[116] Ebenda, S. 9f.

[117] Ebenda, S. 13–18.

[118] Ebenda, S. 20–22. Wilhelm Mautners Skizze Zur Geschichte des Begriffs ‚Diktatur des Proletariats', in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, hrsg. von Carl Grünberg, 12 (1926) [Nachdr. Graz 1966] S. 280–283 bestätigt im wesentlichen Kautskys Darstellung.

[119] Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW Bd. 17. Berlin (O) 1973, S. 313–365, hier: S. 335–342.

[120] Siehe dazu auch Salvadori, Sozialismus und Demokratie, S. 389; die Inkohärenz von Kautskys Leninismuskritik mit seinen eigenen philosophischen Voraussetzungen weist in einer scharfsinnigen Analyse Leszek Kolakowski nach: Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall. 2. Bd. München, Zürich 1978, S. 65–71. Allerdings hat Kautsky die Bedingungen für die „Reife" zum Sozialismus präziser definiert als Kolakowski dies wahrnimmt.

[121] Karl Kautsky: Demokratie oder Diktatur. Berlin 1920.

[122] Kautsky, Die Diktatur, S. 28.

[123] Ebenda, S. 30.

die Bedeutung der Sowjets als neuartiger Kampforganisationen des Proletariats in revolutionären Situationen. Dies gelte nicht nur für Rußland[124]. Die Bolschewiki aber wollten diese für den Kampf geschaffenen Einrichtungen zur Staatsorganisation machen. „Sie hoben die Demokratie auf, die das russische Volk in der Märzrevolution erobert hatte. Dementsprechend hörten die Bolschewiki auf, sich Sozialdemokraten zu nennen. Sie bezeichnen sich als Kommunisten."[125] Eine höhere Form der Demokratie vermochte Kautsky in den Sowjets nicht zu sehen. Nicht nur seien große Gruppen der Gesellschaft des Wahlrechts beraubt, dieses sei auch so unklar definiert, daß selbst der Kreis der an sich Wahlberechtigten nach Belieben eingeengt werden könne. Überdies zeige die Praxis, daß unliebsame oppositionelle Gruppen einfach ausgeschlossen würden[126]. Gegen den sozialistischen Anspruch der Bolschewiki betonte Kautsky den bürgerlichen Charakter der russischen Revolution. Ihre Leistungen entsprächen derjenigen der französischen Revolution und ihrer Nachwehen in Deutschland: „Sie hat durch Hinwegfegung der Reste des Feudalismus das Privateigentum am Boden reiner und stärker zum Ausdruck gebracht, als es vorher gewesen."[127]

Kautskys Broschüre rief eine wütende Replik Lenins hervor[128]. Er warf Kautsky vor, die Marxsche Lehre vom Staat entstellt und Marx in einen „Dutzendliberalen" verwandelt zu haben[129]. In der Tat hat Lenins Definition der Diktatur vor Kautskys theoretischem Konstrukt den Vorzug der Eindeutigkeit und Klarheit. Hier sprach ein Praktiker: „Die Diktatur ist eine sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keine Gesetze gebunden ist. Die revolutionäre Diktatur des Proletariats ist eine Macht, die erobert wurde und aufrechterhalten wird durch die Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie, eine Macht, die an keine Gesetze gebunden ist."[130]

Lenins Staatsbegriff war denkbar schlicht. Der Staat, erklärte er mit Engels, sei „nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere". Das gelte auch und gerade für die bürgerliche Demokratie, die stets „ein Paradies für die Reichen, eine Falle und ein Betrug für die Ausgebeuteten, die Armen" sei[131].

Folgerichtig stellte Lenin das Sowjetsystem als die höhere Form der Demokratie dar. Es sei eine wirkliche Demokratie für die gigantische Mehrheit der Bevölkerung. Lenins Lobpreisungen des Abschieds von der Geheimdiplomatie, der Realisierung einer wirklichen Pressefreiheit, indem die Druckereien und das Papier der Bourgeoisie fortgenommen würden, und der Versammlungsfreiheit für die Proletarier, die in dem in Rußland realisierten Maße in keinem anderen Land der Welt existiere[132], krankten daran, daß den Arbeitern, die Anhänger der Menschewiki oder Sozialrevolutionäre

---

[124] Ebenda, S. 31 f.
[125] Ebenda, S. 31 f.
[126] Ebenda, S. 33.
[127] Ebenda, S. 50.
[128] N. Lenin (Vl. Ul'janov): Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky. (Moskau, Petrograd 1918), in: Lenin, Werke. Bd. 28, S. 225–337. Die Bezeichnung „Renegat" gehört noch zu den charmanteren Koseworten, die Lenin zu Kautsky einfielen. Das ganze Opus ist durchsetzt mit Invektiven wie „der süßliche Dummkopf Kautsky" (S. 225) oder „ein Lump, der sich der Bourgeoisie verkauft" (S. 264) und dergleichen mehr.
[129] Ebenda, S. 229 und S. 240.
[130] Ebenda, S. 234.
[131] Ebenda, S. 241 f.
[132] Ebenda, S. 244–247.

waren, ihr Genuß weitgehend vorenthalten wurde. Die Definitionsmacht darüber, wer zum Proletariat zu zählen sei und wer nicht, behielt sich Lenin vor. Die Menschewiki wurden so kurzerhand zu Kleinbürgern erklärt[133]. Kautskys Kritik am Ausschluß der sozialistischen Oppositionsparteien aus dem Allrussischen Zentralexekutivkomitee wies Lenin zurück, indem er diese der Verstrickung in konterrevolutionäre Aufstände beschuldigte. Dabei subsummierte er großzügig die Kritik der Menschewiki am bolschewistischen Regime unter die Rubrik „Unterstützung des tschechoslowakischen Aufstandes"[134].

Auf Kautskys Einwände gegen die Landverteilung entgegnete er mit dem Hinweis auf die De-jure-Vergesellschaftung des gesamten Grundes und Bodens. Die Bolschewiki würden den Bauern helfen, ihre kleinbürgerlichen Vorstellungen zu überwinden[135]. Lenin hielt damit am Postulat des sozialistischen Charakters der Revolution in Rußland fest und nicht nur das. Die Weltrevolution reife „vor unser aller Augen" heran, stellte er fest. Dabei werde es den Massen der Proletarier in allen Ländern mit jedem Tag klarer, „daß sich der Bolschewismus als Vorbild der Taktik für alle eignet"[136].

Lenin maß seiner Auseinandersetzung mit Kautsky größte Bedeutung bei. Nachdem er im September von der bevorstehenden Veröffentlichung von Kautskys Broschüre erfahren hatte (möglicherweise aus der *Sozialistischen Auslandspolitik*), hatte er die diplomatischen Vertreter Sowjetrußlands in Berlin, Bern und Stockholm angewiesen, ihm die Publikation sofort nach ihrem Erscheinen zuzusenden. Eine Fülle von Anstreichungen und Randbemerkungen in seinem Exemplar der Broschüre zeugt von einer intensiven Lektüre[137].

Es stellt sich die Frage, weshalb sich der wahrlich vielbeschäftigte Staatsmann Lenin die Zeit für eine literarische Polemik mit einem ausländischen Theoretiker nahm. Die Antwort lautet: Lenins Replik auf Kautsky war mehr als ein theoretischer Beitrag oder eine Selbstrechtfertigung. Sie war eine politische Aktion, die sich geradezu zwingend aus Lenins Revolutionskonzept ergab. Die Selbstbehauptung der proletarischen Revolution in Rußland, mehr noch, „der Sieg des Weltsozialismus" hing nach seiner Auffassung von der baldigen proletarischen Umwälzung in Deutschland ab[138]. Ohne die deutsche Revolution „werden wir verschwinden", hatte Lenin schon im März 1918 erklärt[139], und die Lage der Bolschewiki war seither noch kritischer geworden. Die beginnende Krise in Deutschland nach der fehlgeschlagenen Westoffensive wurde daher in Rußland aufmerksam registriert. Nachdem am 3. Oktober 1918 das deutsche Waffenstillstandsersuchen an die USA ergangen war, herrschte in Moskau enthusiastische Stimmung[140]. Lenins Schrift fügt sich in dieser Situation in die Kette der sowjetischen

---

[133] Ebenda, S. 282.
[134] Ebenda, S. 276.
[135] Ebenda, S. 307–310.
[136] Ebenda, S. 294.
[137] Ja. G. Rokitjanskij: V. I. Lenin i Nezavisimaja social-demokratičeskaja partija Germanii. [W. I. Lenin und die Unbhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands], in: Novaja i Novejšaja Istorija 2/1977, S. 24–40, hier: S. 27, Fußnote 14.
[138] Geyer, Sowjetrußland und die deutsche Arbeiterbewegung, S. 5 f.; Leo Lux [= Leonid Luks]: Lenins außenpolitische Konzeptionen in ihrer Anwendung. Diss. phil. München 1976, S. 124–133.
[139] Ascher, Russian Marxism, S. 400.
[140] Ebenda, S. 403; Baumgart, Ostpolitik, S. 330–332.

Maßnahmen zur Förderung der Revolution in Deutschland ein. Vor allem aber besteht ihre Bedeutung in dem Anspruch, dieser Revolution die Richtung zu weisen. Zwar erschien sie 1918 nicht in Deutschland, doch hatte Lenin gleich zu Beginn seiner Auseinandersetzung mit Kautskys Broschüre den Kern seiner Auffassungen in einem Artikel zusammengefaßt, der am 25. Oktober im *Vorwärts* erschien[141]. Noch bevor er seine Entgegnung auf Kautsky abgeschlossen hatte, glaubte Lenin, seine Hoffnungen seien in Erfüllung gegangen. Am 10. November 1918 beendete er die Arbeit an seiner Schrift mit der Bemerkung:

„In der Nacht vom 9. zum 10. [November] trafen aus Deutschland Nachrichten ein über den Beginn der siegreichen Revolution zuerst in Kiel und anderen Städten im Norden und an der Küste, wo die Macht in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte übergegangen ist, dann auch in Berlin, wo der Rat ebenfalls die Macht übernommen hat.

Der Schluß, den ich noch zu der Broschüre über Kautsky und die proletarische Revolution zu schreiben hätte, erübrigt sich dadurch."[142]

Krisenzeichen. Bruch mit Sowjetrußland

Im Juli/August 1918 begann sich die endgültige Niederlage des deutschen Reiches im Weltkrieg abzuzeichnen. Auf die deutsche Westoffensive folgte eine alliierte Gegenoffensive, die am 8. August in der Schlacht bei Amiens, dem „schwarzen Tag" der deutschen Armee, zu einem erheblichen Einbruch in die deutschen Linien führte. In seiner Reaktion auf diese Entwicklung wandte der *Vorwärts* den Blick nach Osten: „Die furchtbaren Erfahrungen Rußlands lehren, daß der Frieden um jeden Preis eben auch kein Frieden ist, und daß ein kriegführendes Volk, so entsetzlich auch die Leiden des Krieges sind, immer noch besser dastehen kann als eines, das sich dem Frieden zuliebe willenlos dem Machtanspruch seiner Gegner gebeugt hat."[143]

In der Argumentation der SPD wurde der Hinweis auf Brest-Litowsk zum ständigen Menetekel, mit dem verdeutlicht werden sollte, was Deutschland drohe, wenn Defätismus und Disziplinlosigkeit um sich greifen oder gar revolutionäre Unruhen ausbrechen sollten[144].

Die Haltung der SPD zum Vertrag von Brest-Litowsk war weiter zwiespältig. Die Zusatzvereinbarungen vom August 1918, in denen der deutsche Einfluß im Baltikum gefestigt und russische Reparationszahlungen festgelegt wurden, stießen zwar auf scharfe Kritik. Friedrich Ebert bezeichnete sie in einer Besprechung der Fraktionsvorsitzenden mit dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Hintze, als die „Fortführung einer falschen Politik"[145]. Obwohl klar sei, daß auf die Bolschewiki keine deutsch-

---

[141] Rokitjanskij, Lenin i NSDPG, S. 27; „Die Proletarier-Revolution und der Renegat Kautsky", Vorwärts Nr. 294 vom 25. 10. 1918, 2. Beilage.

[142] Lenin, Renegat, S. 320.

[143] „Ein kritischer Punkt", Vorwärts Nr. 218 vom 10. 8. 1918.

[144] Z.B. „Nach dem Attentat", Vorwärts Nr. 242 vom 3. 9. 1918; „Für Frieden und Demokratie", ebenda, Nr. 275 vom 6. 10. 1918.

[145] Baumgart, Ostpolitik, S. 294f. Die Besprechung sollte als Ersatz für die Zustimmung des Reichstages fungieren, der von der Beratung der Zusatzverträge ausgeschlossen wurde. Ebert hatte erfolglos die Einberufung des Reichstages oder wenigstens des Hauptausschusses verlangt; vgl. den Bericht Scheidemanns auf der Sitzung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion der SPD am 23. 9. 1918, Protokolle Parteiausschuß, S. 566f.

freundlichere Regierung folgen werde, laufe die deutsche Politik auf eine ständige Schwächung der Bolschewiki hinaus[146], kritisierte der *Vorwärts*. Als seit Mitte September die Frage einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung auf der Tagesordnung stand, wurde dies aber nicht als Chance für eine grundlegende Revision der Friedensregelungen mit Rußland begriffen. Der Frieden von Brest-Litowsk dürfe „kein Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß" bilden, hieß es nur zurückhaltend und interpretationsfähig in den vom Parteivorstand formulierten Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung. Als Max Cohen-Reuß in der gemeinsamen Sitzung von Parteiausschuß und Reichstagsfraktion am 23. September verlangte, es solle ausdrücklich eine Revision des Vertrags von Brest-Litowsk noch vor Kriegsende gefordert werden, da sonst England und Amerika auf einer allgemeinen Friedenskonferenz als Retter Rußlands erscheinen würden, wies Ebert dies entschieden zurück. „Man soll nicht aus Rechthaberei [...] bei der Auffassung der Revision des Ostfriedens beharren", erklärte er. Die erhobenen Forderungen würden schwer genug durchzusetzen sein[147].

Sechs Wochen später erledigte sich das Problem auf anderem Wege: Im Waffenstillstand von Compiègne wurde am 11. November der Frieden von Brest-Litowsk aufgehoben, zwei Tage später annullierte ihn die Sowjetregierung ihrerseits[148].

Während der ganzen kurzen Geltungsdauer des Friedens von Brest-Litowsk war die Haltung der SPD von Passivität gekennzeichnet gewesen. Ebenso wie ihre Fraktion bei der Debatte über den Vertrag im Reichstag durch Stimmenthaltung letztlich dokumentiert hatte, daß sie für einen Frieden im Osten bereit war, auf energischen Protest gegen Annexionen zu verzichten, so ließ sie im Herbst 1918 zunächst ihren bürgerlichen (und adeligen) Koalitionspartnern und während der Regierung der Volksbeauftragten den Beamten des Auswärtigen Amtes freie Hand bei dem Bemühen, die Kriegserfolge im Osten zu sichern[149]. Daß das den Grundsatz vom Frieden ohne Annexionen und Kon-

---

[146] „Die deutsch-russischen Zusatzverträge", Vorwärts Nr. 238 vom 30. 8. 1918; „Attentat auf Lenin", ebenda Nr. 240 vom 1. 9. 1918.

[147] Protokolle Parteiausschuß, S. 580 und S. 584. Die von Cohen-Reuß erhobene Forderung entsprang dem außenpolitischen Konzept der sogenannten „Kontinentalpolitiker", deren Organ die Sozialistischen Monatshefte waren. Diese in innenpolitischen Fragen auf dem rechten Parteiflügel angesiedelte Gruppe, vertrat außenpolitisch eine durch extreme Anglophobie geprägte Konzeption der engen Zusammenarbeit der großen Kontinentalmächte Frankreich, Deutschland und Rußland. Letzteres sollte dabei in seinem territorialen Bestand unangetastet bleiben. Bis zur deutschen Revolution glaubten die Kontinentalpolitiker, diese Konzeption auch in Zusammenarbeit mit einem bolschewistisch regierten Rußland verwirklichen zu können, auch wenn ihnen das Bekenntnis der Bolschewiki zum Selbstbestimmungsrecht der Völker mißfiel. Die außenpolitische Konzeption der Kontinentalpolitiker blieb allerdings stets eine extreme Außenseiterposition in der SPD. Zum Grundsätzlichen vgl. Matthias, Deutsche Sozialdemokratie und der Osten, S. 30–32; Heinrich August Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1924. Berlin, Bonn 1984, S. 223. Zur Rußlandpolitik die folgenden Beiträge in den Sozialistischen Monatsheften: Max Schippel: Rundschau Außenpolitik, Nr. 3 vom 22. 1. 1918; Max Cohen: Rußland und die deutsche Zukunft. Nr. 4/5 vom 5. 2. 1918; Ludwig Quessel: Die industriellen Kräfte Rußlands, Nr. 6 vom 19. 2. 1918; ders.: Rußland und der angelsächsische Wirtschaftskrieg, Nr. 7 vom 12. 3. 1918; ders.: Eduard David und der bolschewistische Separatismus, Nr. 20 vom 3. 9. 1918; Hermann Kranold: Die Einheit Rußlands, Nr. 21/22 vom 24. 9. 1918.

[148] Schulz, Revolutionen und Friedensschlüsse, S. 164f.

[149] Vgl. dazu Peter Grupp: Vom Waffenstillstand zum Versailler Vertrag. Die außen- und friedenspolitischen Zielvorstellungen der deutschen Reichsführung, in: Karl Dietrich Bracher/Man-

tributionen verletzte, wurde ebensowenig thematisiert wie die dadurch bedingte Kompromittierung der eigenen Position und ihre möglichen Rückwirkungen auf die angestrebten allgemeinen Friedensverhandlungen. Das traditionelle außenpolitische Defizit der Sozialdemokratie[150] zeitigte bei der Übernahme von Regierungsgewalt bedenkliche Folgen.

Mit der deutschen Niederlage trat auch eine Änderung im Verhältnis der SPD zu Sowjetrußland ein. Die Grundlagen des eigentümlichen „Brest-Litowsk-Flirts" waren entfallen. Das bolschewistische Interesse an einer Revolution in Deutschland dagegen war aktuell wie nie zuvor – ein Interesse, das die SPD-Führung nicht teilte. Schon bei den Beratungen von Reichstagsfraktion und Parteiausschuß über den Regierungseintritt hatte Ebert erklärt: „Wollen wir jetzt keine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien und der Regierung, dann müssen wir die Dinge laufen lassen, dann greifen wir zur revolutionären Taktik, stellen uns auf die eigenen Füße und überlassen das Schicksal der Partei der Revolution. Wer die Dinge in Rußland erlebt hat, der kann im Interesse des Proletariats nicht wünschen, daß eine solche Entwicklung bei uns eintritt."[151]

Den Mehrheitssozialdemokraten mußte dies um so unerwünschter erscheinen, als mit der Parlamentarisierung des Reiches und der absehbaren Aufhebung des preußischen Dreiklassenwahlrechts wesentliche, von ihnen seit langem geforderte Strukturreformen Wirklichkeit zu werden begannen.

Die Erwartung einer kommenden Regierung Haase-Ledebour, die in einigen Berliner Fabriken kursierte, gab dem *Vorwärts* Anlaß, die Befürchtungen zu konkretisieren, die man mit der Vorstellung einer Revolution verband. Für diejenigen, die die Führer der USPD an der Spitze des Staates sehen wollten, sei Haase-Ledebour „ungefähr die deutsche Übersetzung von Trotzki-Lenin". Entsprechend solle sich diese Regierung auf die Diktatur des Proletariats in Form der Arbeiterräte stützen. Da die Unabhängigen Sozialdemokraten aber nicht die Mehrheit des Volkes hinter sich hätten, die vor allem Demokratie und „wahrscheinlich auch weitgehende Reformen im Sinne des Sozialismus" wolle, würde eine Regierung Haase-Ledebour diktatorisch herrschen müssen. Als erstes müßte sie dazu den Belagerungszustand, der soeben abgebaut werde, wieder einführen. Eine rein proletarische Regierung wäre darüber hinaus nicht im Stande, die Volksernährung zu sichern. Den Verfechtern einer Regierung Haase-Ledebour schwebe das russische Vorbild vor, das sie nicht kennten. „Der Bolschewismus hat bisher das russische Volk nicht glücklich gemacht, leider!"[152] In derselben Nummer des SPD-Zentralorgans wurde in scharfer Form der Beschluß des Allrussischen Zentralexekutivkomitees kritisiert, die Unterstützung der in Deutschland und Österreich bevorstehenden Revolution vorzubereiten. Das Versprechen, Waffen und Lebensmittel zu liefern, während das eigene Volk hungere, könne „nicht anders denn als kindische Renommisterei bezeichnet werden" schrieb der *Vorwärts*. Die Völker der Welt würden, „nachdem die Erde soviel Blut getrunken hat, nicht neue Blutströme fließen lassen,

---

fred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Bonn 1987, S. 285–302, hier: S. 298–300.

[150] Ebenda S. 286f.; Reimund Klinkhammer: Die Außenpolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Zeit der Weimarer Republik. Diss. phil. (masch.) Freiburg 1955, S. 1–3.

[151] Protokolle Parteiausschuß, [23. 9. 1918] S. 586.

[152] „Regierung Haase-Ledebour?", Vorwärts Nr. 286 vom 17. 10. 1918.

um am Ende auch nur ein vielleicht bald verkrachendes sozialdilettantisches Experiment mitzumachen."[153]

Eine so eindeutige und herbe Kritik an der Politik des Bolschewismus war im *Vorwärts* seit der Zerschlagung der Konstituante und der Krise der Verhandlungen von Brest-Litowsk nicht mehr zu lesen gewesen. In der theoretischen Zeitschrift *Neue Zeit*, die nach der Spaltung der SPD ihren zur USPD gewechselten Chefredakteur Kautsky verloren hatte und in die Hände von Heinrich Cunow übergegangen war, war noch Anfang Oktober ein Artikel eines gewissen N. E. Verow erschienen, der die Politik der russischen Kommunisten in vollem Umfang rechtfertigte und diese, trotz der Änderung ihres Parteinamens, als Sozialdemokraten bezeichnete. Auf die Kritik der Menschewiki und Sozialrevolutionäre sowie diejenige der deutschen Unabhängigen Sozialdemokraten Kautsky, Stein und Ströbel wolle er nicht eingehen, schrieb Verow, „da die Redaktion der Neuen Zeit zurzeit [sic!] aus Rücksicht auf die Situation in Rußland ein Eingreifen in den zwischen den russischen sozialistischen Parteien wütenden Parteienstreit nicht für angebracht hält"[154]. Der *Vorwärts* hingegen erklärte nun mit einigen Wochen Verspätung, in der „soeben erschienenen" Broschüre Kautskys *Die Diktatur des Proletariats* finde sich „kaum ein Wort das wir nicht unterschreiben möchten"[155].

Nachdem sich eine Waffenruhe mit der Entente anbahnte und ein Wiederaufleben des Krieges im Osten bei einem Sturz der Bolschewiki nicht mehr zu befürchten war, waren von Kritik an ihnen keine schädlichen Rückwirkungen für Deutschland mehr zu befürchten, im Gegenteil, sie diente der Abwehr revolutionärer Strömungen im eigenen Land. So dachte offensichtlich nicht nur die SPD-Führung, sondern auch die gesamte Reichsregierung. Bei einer Ressortbesprechung am 14. Oktober im Reichsamt des Innern wurde beschlossen, die bisherige Politik der Unterdrückung unliebsamer Nachrichten über die Bolschewiki aufzugeben und nunmehr insbesondere die linke Presse ohne Rücksicht auf den Brester Vertrag gegen den Bolschewismus schreiben zu lassen[156]. Daß der *Vorwärts* nicht schon nach dem Waffenstillstandsersuchen Anfang Oktober seinen bolschewismuskritischen Kurs einschlug – obwohl Ebert schon Ende September vor einer Revolution nach russischem Muster gewarnt hatte –, sondern erst gut zwei Wochen später, deutet darauf hin, daß er das „Startsignal" der Reichsregierung abgewartet hat.

Die offizielle Freigabe der Kritik am Bolschewismus war eine Reaktion auf die intensivierte bolschewistische Propaganda für eine deutsche Revolution. Die Möglichkeiten für die russische Regierung, auf die deutsche Entwicklung Einfluß zu nehmen, waren

---

[153] „Bolschewik-Phantasien. Der Weltputsch." a.a.O.

[154] N. E. Verow: Die Staatsauffassung der Bolschewiki, in: NZ Nr. 1 vom 4. 10. 1918.

[155] „Diktatur oder Demokratie?", Vorwärts Nr. 290 vom 21. 10. 1918. Kautskys Broschüre war mit Sicherheit schon mindestens drei Wochen vor ihrer Besprechung im Vorwärts erschienen. Den Anhaltspunkt für die Datierung liefert Rokitjanskis (Lenin i NSDPG, S. 27.), Angabe, Lenin habe Kautskys Broschüre von P. Stučka erhalten, der Ende September aus Deutschland nach Moskau zurückkehrte. Trotz der eigenen positiven Stellungnahme publizierte der Vorwärts vier Tage später Lenins erste polemische Entgegnung, allerdings an wenig prominenter Stelle. Siehe Anm. 141. Auch Heinrich Cunow, der Chefredakteur der Neuen Zeit, bekannte sich wenig später zu Kautskys Auffassungen; Heinrich Cunow: Diktatur des Proletariats, in: NZ Nr. 8 vom 22. 11. 1918.

[156] Baumgart, Ostpolitik, S. 349f.

allerdings sehr begrenzt[157]. Sie beschränkten sich im wesentlichen auf Agitation unter den deutschen Kriegsgefangenen[158], vor allem aber auf Kontakte mit und finanzielle Unterstützung von deutschen Revolutionären. So referierte auf einer Konferenz von 60 führenden USPD-Funktionären am 11./12. September 1918 in Berlin ein Vertreter der Russischen Kommunistischen Partei, P. Stučka, ausführlich über die Erfahrungen der Bolschewiki am Vorabend und im Verlauf der Oktoberrevolution. Stučka hatte auch eine separate Begegnung mit Repräsentanten des linken Flügels der USPD[159].

Die entscheidende Schaltstelle für die Kontakte zwischen Sowjetrußland und den deutschen Linken aber war die russische Botschaft in Berlin[160]. Sie pflegte vielfältige Kontakte mit USPD-Politikern. So fungierte der Reichstagsabgeordnete Oscar Cohn als ihr Rechtsbeistand[161], die Ehefrau von Rudolf Breitscheid war Angestellte der Botschaft[162], und Emil Eichhorn, der später eine kurze, aber heftig umstrittene Rolle als Polizeipräsident von Berlin spielte, war Mitarbeiter des Berliner Büros der sowjetischen Nachrichtenagentur[163]. Oscar Cohn erhielt vom sowjetischen Botschafter Joffe nach dessen eigenen Bekunden große Summen zur Förderung der Revolution[164].

Die Aktivitäten der Sowjetbotschaft erregten das Mißtrauen und das Mißfallen der deutschen Behörden. Bereits am 19. Oktober forderte der preußische Innenminister Drews in einer Mitteilung an Reichskanzler Max von Baden, die Sowjetbotschaft aus Deutschland zu entfernen. Nur so könne dem „hetzerischen Treiben" Abhilfe geschaffen werden[165].

Die deutsche Regierung operierte zunächst zurückhaltend. Noch in einer Besprechung am 28. Oktober hatten der Leiter des Rußlandreferats im Auswärtigen Amt, Nadolny, und auch der SPD-Staatssekretär ohne Portefeuille, Scheidemann, Bedenken gegen eine Ausweisung der Botschaft geäußert. In derselben Sitzung wurde jedoch die Idee entwickelt, man könne, um der Beweisnot gegen die sowjetische Botschaft abzu-

---

[157] Klaus Meyer: Sowjetrußland und die Anfänge der Weimarer Republik, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 20 (1973) S. 77–91, hier: S. 81.

[158] Siehe dazu Willy Brandt/Richard Löwenthal: Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. München 1957, S. 85–91; Andrej Markelow: „Die russische Revolution ist unsere Hoffnung". Deutsche Internationalisten im Kampf für die Sowjetmacht, in: Sowjetunion heute Nr. 11, November 1987, S. 36–39. Als Beispiel: A[lexandra] Kollontai: Wem nützt der Krieg – Komunužna vojna? Hrsg. vom Komitee der kriegsgefangenen Sozialdemokraten Internationalisten, Hotel Dresden Zimmer 361–64. Moskau 1918. Die Auswirkungen dieser Agitation auf die Entwicklung in Deutschland 1918 dürften jedoch nicht allzu groß gewesen sein, da viele der rund 160–187 000 deutschen Kriegsgefangenen erst im Laufe des Jahres 1919 zurückkehrten, vgl. Markelow, Hoffnung.

[159] Rokitjanskij, Lenin i NSDPG, S. 27.

[160] Lionel Kochan: Rußland und die Weimarer Republik. Düsseldorf 1955, S. 19 meint, die Bedeutung der Botschaft in Berlin sei in Moskau so hoch eingeschätzt worden, daß man auch nach dem deutschen Waffenstillstandsersuchen noch die fällige Rate der im Zusatzabkommen zum Vertrag von Brest-Litowsk festgelegten Kriegsentschädigungen gezahlt habe. Demgegenüber stellt Baumgart, Ostpolitik, S. 334, fest, daß die Mitteilung der russischen Regierung, sie werde die zum 31. Oktober fällige Goldrate nicht bezahlen, den unmittelbaren Anstoß zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland gab.

[161] Hermann Müller: Die November-Revolution. Erinnerungen. Berlin 1928, S. 13.

[162] Baumgart, Ostpolitik, S. 340; Lösche, Bolschewismus, S. 209f.

[163] Dittmann, Erinnerungen, S. 876.

[164] Siehe dazu unten S. 73f.

[165] Rosenfeld, Sowjetrußland und Deutschland, S. 128 und S. 135.

helfen, eine der russischen Kurierkisten in einem arrangierten Unfall entzwei gehen lassen. Der Vorschlag, der ursprünglich wohl von Nadolny stammt, wurde von Scheidemann positiv aufgegriffen, ohne daß über die Durchführung ein definitiver Beschluß gefaßt worden wäre[166]. Noch am 4. November erschien eine amtliche Erklärung, in der von der Rechtspresse erhobene Vorwürfe, die Sowjetbotschaft führe Geld und Waffen für den Umsturz in Deutschland ein, zurückgewiesen wurden – allerdings in reichlich sibyllinischer Form. Es gebe nur entsprechende Absichtserklärungen in russischen Presseorganen, aber bislang noch keine Beweise, ließ die Regierung verlauten[167]. Die Ausweisung der Sowjetbotschaft war zu diesem Zeitpunkt schon beschlossene Sache. Sie wurde vom Auswärtigen Amt betrieben. Joffes Mitteilung vom 29. Oktober, die Sowjetregierung beabsichtige, die am 31. Oktober fällige Goldrate der Zahlungen nach dem Zusatzabkommen zum Vertrag von Brest-Litowsk nicht zu leisten, gab den endgültigen Ausschlag dafür[168].

Am Abend des 4. November wurde eine der Kisten, mit denen der Kurier der Sowjetbotschaft soeben aus Rußland am Bahnhof Friedrichstraße eingetroffen war, absichtlich von den Gepäckträgern beschädigt, wobei Flugblätter der Spartakusgruppe mit einem revolutionären Aufruf und ein anderes mit Anweisungen für terroristische Kampfmethoden herausfielen. Das gesamte Kuriergepäck daraufhin der deutschen amtlichen Darstellung zufolge von der Bahnbehörde sichergestellt[169]. Die sowjetische Seite hingegen sah in dem Vorgang eine gezielte Provokation und hatte damit zweifellos recht, was die Beschädigung der Kiste betraf[170]. Möglicherweise war man deutscherseits auch bezüglich des Inhalts auf „Nummer Sicher" gegangen. Jedenfalls erklärte die linkssozialdemokratische Zeitschrift *Klassenkampf* 1927, nachdem Hermann Müller in der *Gesellschaft* Scheidemann als den Urheber des Tricks mit der Kiste benannt hatte, auch die Flugblätter seien erst von der deutschen Polizei in die Kiste bugsiert worden. Es habe sich um Aufrufe des Spartakusbundes gehandelt, die Paul Levi verfaßt hätte[171]. Dennoch war eine ganze Portion Diplomatenscheinheiligkeit mit im Spiel, wenn Joffe

---

[166] Baumgart, Ostpolitik, S. 151–154; Rosenfeld, Sowjetrußland und Deutschland, S. 128–130. Scheidemann schreibt in seinen Memoiren eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Dresden 1928, S. 252f. die Idee mit der Kurierkiste sich selbst zu. Auch Rosenfeld stellt, deutlich erkennbar in dem Bestreben, die antisowjetische Haltung der SPD zu betonen, Scheidemann als den Urheber des Plans dar. Er stützt sich dabei nicht auf Scheidemanns Memoiren, sondern auf ein Protokoll der Sitzung, a.a.O. S. 129. Dennoch ist die Auffassung Baumgarts, der die obige Darstellung folgt, überzeugender. Sie kann sich auf die Aussage Wiperts von Blücher (Deutschlands Weg nach Rapallo. Erinnerungen eines Mannes aus dem zweiten Gliede. Wiesbaden 1951, S. 34) stützen, der Geheimrat Nadolny als Urheber nennt, sowie auf die Nadolnys eigene Aussagen. Daß die ursprüngliche Idee von Nadolny stammt, wird insbesondere dadurch wahrscheinlich, daß er auf einen vorausgegangenen ähnlichen Vorfall beim Petrograder deutschen Konsulat verweist: Rudolf Nadolny: Mein Beitrag. Erinnerung eines Botschafters des Deutschen Reiches. Köln ²1985, S. 118f.

[167] „Russische Botschaft und bolschewistische Agitation", Vorwärts Nr. 304 vom 4. 11. 1918.

[168] Baumgart, Ostpolitik, S. 334 und S. 354. Es ist allerdings nicht ganz klar, welche Funktion unter diesen Umständen die amtliche Erklärung vom 3. November hatte.

[169] Abgedruckt bei Gerhard A. Ritter/Susanne Miller (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918/19. 2., erheblich erweiterte und überarbeitete Ausgabe. Hamburg 1975, S. 338f.

[170] Rosenfeld, Sowjetrußland und Deutschland, S. 130.

[171] „Die geplatzte Kiste", in: KK Nr. 5 vom 1. 12. 1927.

am 5. November bei Staatssekretär Solf im Auswärtigen Amt Protest erhob[172]. Keiner wußte besser über die subversiven Aktivitäten der sowjetischen Vertretung Bescheid als er, und er scheute sich auch nicht, sich wenige Wochen später ihrer zu öffentlich zu rühmen. Joffes Protest blieb wirkungslos. Die Botschaft wurde binnen 24 Stunden ausgewiesen, das deutsche Botschaftspersonal aus Rußland zurückgerufen[173].

Die Abwehr umstürzlerischer Propaganda war nur eines der Motive für diesen Schritt und möglicherweise nicht einmal das wichtigste. So hatte sich Philipp Scheidemann bei einer Kabinettssitzung am 2. November 1918 noch wenig beeindruckt von der revolutionären Propaganda des kurz zuvor aus dem Gefängnis freigekommenen Karl Liebknecht gezeigt. „Liebknecht macht gar keinen Eindruck bei seinen Reden. Er kann allerlei Unfug anrichten, aber nicht mehr."[174] Sehr wahrscheinlich diente der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Rußland auch dem Zweck, durch die Betonung der gemeinsamen Front gegen den Bolschewismus die Entente-Staaten und insbesondere die USA zu einem Entgegenkommen bei den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen zu bewegen[175]. Doch kaum war der Bruch vollzogen, schien es, als ob seine Voraussetzungen hinfällig geworden wären. Noch bevor das sowjetische Botschaftspersonal Moskau erreicht hatte, wurde in Deutschland das alte Kaiserreich von der Revolution gestürzt.

---

[172] Rosenfeld, Sowjetrußland und Deutschland S. 131; auch Rosenfeld spricht von einer Provokation, läßt aber Joffes spätere Enthüllungen außer acht. Einer amtlichen Erklärung vom Dezember 1918 zufolge hat Joffe den Tatbestand, der ihm von Solf vorgehalten wurde, nicht bestritten, sondern nur erklärt, die Flugblätter seien für die Schweiz bestimmt gewesen. Die Aufrufe seien aber offensichtlich an die deutsche Arbeiterschaft gerichtet gewesen. „Gegen die russische Einmischung", Vorwärts Nr. 322 vom 23. 11. 1918.

[173] A.a.O.; Ritter/Miller, Revolution, S. 338f.

[174] Arnold Brecht: Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884–1927. Stuttgart 1966, S. 180. Brecht gibt auf den Seiten 74ff. das von ihm aufbewahrte Protokoll dieser Sitzung wieder.

[175] Rosenfeld, Sowjetrußland und Deutschland, S. 132; Grupp, Vom Waffenstillstand, S. 294. Dagegen meint Baumgart, erst die Feststellung, daß die Ausweisung der sowjetischen Botschaft bei den Alliierten mit Befriedigung registriert worden sei, habe zu dem Versuch geführt, die antibolschewistische Haltung als Gewicht in die Waffenstillstandsbedingungen einzuführen. Baumgart, Ostpolitik, S. 359f.